Quellennachweis:

1. Keck: Von der Einhornapotheke zum Gmünder Rathaus. Schw. Rundschau 1940 Nr. 35; 2. Schön Theodor: Das Medizinalwesen d. Reichsst. Gmünd. Württ. med. Corr-Blatt 1898; 3. Wörner Alfred: D. Städt. Hosp. z. Hl. Geist in Schw. Gmünd. Tübingen 1905; 4. Nägele Anton: 1531/1931 400 Jahre Obere Apotheke; 5. Weser Rudolf: Berufsstände S. 25. handschr. Stadtarch.; 6. Familienkundl. Stadtarch. handschr. Nr. 1363; 7. Ratspr. 1702/23 S. 90; 8. Familienkundl. Nr. 635; 9. Familienkundl. Nr. 635; 10. Familienkundl. Nr. 635; 11. Ratspr. 1747 S. 17; 12. Dom. Debler Bd. XVII 125; 13. Dom. Debler Bd. XVII 125; 14. Fr. Xav. Debler: Chronolog. Nachr. S. 137. Handschr. Stadtarch.; 15. Pfandb. I S. 3 Stadtarch.; 16. Familienkundl. Nr. 161; 17. Familienkundl. Nr. 161; 18. Dom. Debler V 217; 19. D. Debler XVII 125; 20. Weser: Berufsstände S. 27; 21. Pfandb. I S. 254; 22. Rechnung der Reichen Almosen Pfleg 1777 S. 17; 23. Häuserb. 1783 S. 534; 24. Dom. Debler V 383; 25. Häuserb. 1783 S. 534; 26. Kaufbuch II S. 106 Stadtarch.; 27. Dom. Debler V 12; 28. Häuserbuch 1783 S. 543; 29. Familienkundl. Nr. 980; 30. Stadtrechnung 1500 S. 133; 31. Moritz Debler'sches Archiv Gmünd; 32. Dom. Debler II 138; 33. Ganze Ratsprot. 1773 S. 38; 34. Ganze Ratsprot. 1773 S. 45.

Berühmte Lehrer an Gmünder Schulen

An den Gmünder Schulen wirkten manche Lehrer, die weit über unsere Stadt hinaus bekannt geworden sind. Sie sollen in den Gmünder Heimatblättern kurz behandelt werden.

1. Josef Lipp, Bischof (1795/1869)

Bischof Lipp wurde am 24. März 1795 zu Holzhausen, Gemeinde Eschach, als Sohn des Schneidermeisters Wilhelm Lipp und seiner Ehefrau Maria Widmann geboren. Zu Leinzell, wohin damals Holzhausen kirchlich gehörte, wurde das Kind getauft. Da die Eltern rasch nacheinander an Typhus starben, brachte man die Kinder bei nahen Verwandten unter. Josef kam nach Lautern zur Schwester seiner Mutter, die mit Valentin Romler in kinderloser Ehe lebte. Hier in dem kleinen Dorfe wuchs Josef Lipp in den einfachsten Verhältnissen auf. Damals amtete dort als Pfarrer Dekan Michael Ziegler, der Sohn des Gmünder Bürgermeisters Sebastian Ziegler. Er entdeckte die Talente des geweckten Knaben und gab ihm 2 Jahre lang Lateinunterricht. Die weitere Ausbildung erhielt er zu Ellwangen und Tübingen. 1819 empfing er die Priesterweihe. Seit 1821 wirkte er als Repetent in Tübingen. Von dort kam er 1824 als Kaplan zu St. Florian nach Gmünd, wo er gleichzeitig das Amt eines Oberpräzeptors an der hiesigen Lateinschule zu übernehmen hatte. Doch schon 1825 kam er als Professor und Konviktsvorsteher nach Ehingen/Donau, wo er 1832 zum Rektor des dortigen Gymnasiums aufstieg. 1847 wurde er zum Bischof geweiht und im folgende Jahre in sein Amt eingeführt. Auch in diesem hohen Amte hat Josef Lipp nie seine Pflegeeltern vergessen. Noch hat sich auf dem Friedhof zu Lautern eine gußeiserne Tafel erhalten, auf welcher steht: „Hier ruhen im Frieden Valentin Romler ... und Margaretha Widmann ... Von ihrem dankbaren Pflegesohn 1849. Bischof Lipp."

Es war eine sehr bewegte Zeit, als Lipp den Bischofsstuhl bestieg. Als Erbe des 18. Jahrhunderts hatte auch Württemberg das Staatskirchentum übernommen. Katholischerseits fand es seine Hauptstütze im Katholischen Kirchenrat, einer staatlichen Behörde, welche die Belange des Staates gegen die Kirche vertreten sollte. In Wirklichkeit mischte sich der Kirchenrat in die innersten Angelegenheiten der Kirche hinein, bis zur Gestaltung des Gottesdienstes. Der kath. Bischof des Landes, Joh. Baptist von Keller, stand dem Gedanken des Staatskatholizismus' anfangs nicht allzu fern. Als er seinen Irrtum einsah, war es zu spät. Er starb in tiefster Schwermut 1845. Noch unter seiner Regierung waren in der Diözese Männer erstanden, welche das kirchliche Leben vom Staatskatholizismus befreien und wieder zu einem frommen kirchlichen Leben erziehen wollten. Ein gewaltiges geistiges Ringen zwischen beiden Richtungen hob nun an, das sich auch in der Bischofswahl zeigte. Als Nachfolgers Kellers war Urban von Ströbele gewählt worden, der aber wegen seiner Hinneigung zum Staatskatholizismus vom Papst nicht bestätigt wurde. Nach langen Verhandlunden einigte sich das Domkapitel auf 3 Männer, die dem Papste als künftigen Bischof von Rottenburg vorgeschlagen wurden. Aus diesen wählte der Papst den Ehinger Professor Josef Lipp. Diese Wahl war ein Segen für unser Land. Lipp war eine friedlich gesinnte Natur, die ganz auf die Seelsorge eingestellt war. Das tief darniederliegende religiöse Leben suchte er zu heben durch Gründung von katholischen Vereinen, Abhaltung von Missionen, Pflege der christlichen Liebestätigkeit, Unterstützung der katholischen Presse. Seinem milden liebenswürdigem Wesen gelang vom Staat die Erlaubnis zur Zulassung von Ordensschwestern nach Württemberg. So erhielt das hiesige Stadtspital im Jahre 1852 die ersten Barmherzigen Schwestern des Landes. Kurz darauf gründeten sie hier in der Bocksgasse ihr Mutterhaus, das am Ende des Jahrhunderts nach Marchtal verlegt wurde. Auch die großen Niederlassungen der Schwestern in Sießen und Reute gehen auf Bischof Lipp zurück. Lipp gelang es auch, ein friedliches Übereinkommen mit dem Staat zu erzielen, das im Konkordat von 1857 seine Krönung fand. Es ersparte dadurch dem Lande später den „Kulturkampf". Tief betrauert vom Volke starb der friedliebende Bischof 1869.

Quellen: Dangelmaier, A.: Köpfe und Käuze aus Lautern; Buchmaier: Kirchenlexikon. A. D.

Für die Redaktion: Albert Deibele, Schwäbisch Gmünd, Silcherstraße 3. Beiträge sind an diese Anschrift zu richten.

Gmünder Heimatblätter

Nummer 5 Schwäbisch Gmünd, Mai 1964 25. Jahrgang

Das Gaswerk Schwäbisch Gmünd

Gedenkblatt zu dessen Stillegung am 5. Mai 1964

Albert Deibele

Am 5. Mai 1964 hat das hiesige Gaswerk seinen Betrieb für immer eingestellt. Nicht Rückgang der Erzeugung, nicht Rückständigkeit des Gases gegenüber anderen Heizquellen hat es zum Erliegen gebracht, im Gegenteil, nie hatte das hiesige Werke eine höhere Erzeugung als in den letzten Jahren und nie waren die Aussichten für die Steigerung des Gasverbrauchs günstiger als heutzutage. Was seine Einstellung verursachte, war das Angebot von besserem und billigerem Gas von der Raffinerie Wintershall AG Mannheim. Schon in der kurzen Zeit, seit das neue Gas nach Gmünd strömt, hat es seine Überlegenheit gegenüber dem einheimischen erwiesen.

103 Jahre hat das Gmünder Werk der hiesigen Bevölkerung gedient und viel zur Entwicklung unserer Stadt beigetragen. Immer wieder wurde es auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Nun aber wäre wiederum eine gründliche Überholung nötig geworden, die Hunderttausende erfordert hätte; allein sie lohnte sich nicht mehr im Hinblick auf das günstige Angebot „Gasversorgung Süddeutschland" (GVS). Stirbt ein lieber Mitbürger, so ist es üblich, einen Rückblick auf seine Vergangenheit zu werfen. Hier aber ist ein verdienstvolles Werk zum Erliegen gekommen. Auch ihm sei mit diesen Zeilen ein dankbares Gedenken gewidmet.

1. Das Gaswerk der Firma Ott und Cie.

Die stürmisch einsetzende Industrialisierung im 19. Jahrhundert verlangte notwendig eine andere Beleuchtung der Fabriksäle als die bisher übliche durch Kienspan und Talglicht. England war es, das seit 1800 das Gaslicht in größerem Ausmaß verwendete. Auch zur Straßenbeleuchtung wurde es dort zuerst benützt, so seit 1814 in London. In Deutschland hielt das Gaslicht 1811 in Freiberg in Sachsen seinen Einzug. 1825 ging Hannover, 1826 Berlin zur Gasbeleuchtung seiner Straßen über. Fast ausschließlich wurde damals Steinkohlengas erzeugt. Das war einer der Gründe, daß in Süddeutschland das Gas so spät Eingang fand. Die Kohle mußte auf Pferdefuhrwerken herbeigeschafft werden, was sie sehr verteuerte. Eisenbahnen gab es ja noch nicht. Das änderte sich, als Pettenkofer 1848 ein brauchbares Verfahren für Holzgasgewinnung entwickelte. Nun entstanden auch in Süddeutschland rasch Gaswerke, so in Frankfurt, Stuttgart, Heidelberg, Heilbronn, Eßlingen, Pforzheim, die fast durchweg Holz vergasten. Eine Firma aus Ulm suchte aus Ölschiefer Gas zu gewinnen; andere nahmen Torf oder Braunkohle als Ausgangsstoff. Der Sieg im Wettkampf aber blieb für 100 Jahre der Steinkohle, sobald diese durch die Eisenbahn zu allen großen Plätzen gebracht werden konnte.

Das Bedürfnis nach besserer Beleuchtung der Fabrikräume war natürlich auch in Gmünd vorhanden. Hier kam noch dazu, daß die Gmünder Industrie das Gas zum Schmelzen und Löten der Metalle hätte recht gut gebrauchen können. Als daher die ersten Gaswerke in Württemberg ent-

standen waren, taten sich hier einige einsichtige Männer zusammen, um für die Errichtung eines Gaswerkes zu werben. Am 26. 11. 1853 schrieb der „Bote vom Remstal"[1]): „Bei einer kürzlich stattgehabten Zusammenkunft hiesiger Fabrikanten wurde die Frage aufgeworfen, ob es vorteilhaft sein möchte, in hiesiger Stadt eine allgemeine Gasbeleuchtung eingeführt zu sehen. Die Frage wurde einstimmig dahin beantwortet, daß für keine andere Stadt des Landes mehr Nutzen dadurch erzielt werden könnte; da neben dem Zweck der Beleuchtung besonders auch die Lötung der Metalle damit verbunden werden könnte." Es werden nun die Vorteile des Gaslichtes aufgezählt, als der schönsten, reinlichsten und billigsten Lichtquelle. Wer von der Bevölkerung bei sich die Einrichtung der Gasbeleuchtung wünsche, solle sich, zunächst ganz unverbindlich, melden. Ein Sachverständiger solle berufen werden, um die auftauchenden Fragen zu klären, worauf eine Generalversammlung die weiteren Schritte einleiten werde. Sofort meldeten 80 Personen einen Bedarf von 550 Flammen an[2]); aber nicht allzuviele blieben dem Gedanken der Gasversorgung treu. Doch holte man bei einschlägigen Geschäften Angebote ein. Schon am 27. Februar 1854 konnte Stadtschultheiß Kohn dem Gemeinderat mitteilen, daß sich verschiedene Firmen mündlich und schriftlich um die Anlage des Gaswerkes beworben hätten. Besonders eingehend sei das Angebot von Flaschner Müller in Stuttgart, das mitgeteilt wurde.

Es wäre für die Stadt recht vorteilhaft gewesen, wenn der Müllersche Entwurf durchgeführt worden wäre. Dieser sah vor:[4])

1. Die Firma August Müller übernimmt die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Gebäude sowie der Bürgerhäuser durch Gas.

2. Das Gaswerk ist von Anfang an so groß zu bauen, daß es die Bedürfnisse der ganzen Stadt befriedigen kann.

3. Es muß imstande sein, täglich 12 bis 15 000 englische Kubikfuß (rund 336 bis 420 cbm) Gas zu erzeugen, die in zwei Gaskesseln von je 8 000 englischen Kubikfuß (224 cbm) Fassungsvermögen gespeichert werden können. (Der heutige tägliche Bedarf an Gas beträgt rund 22 000 cbm.)

4. Sämtliche Arbeiten bis zu den Gasuhren in den Häusern werden durch die Firma Müller auf deren Kosten ausgeführt. Von dort ab gehen sie auf Rechnung der Hausbesitzer. Die Hauptleitungen müssen 1½ bis 3 englische Fuß (45 bis 91 cm) tief verlegt werden.

5. Die entstandenen Schäden an den Straßen wird die Firma Müller auf ihre Kosten in Ordnung bringen.

6. Mit dem Bau des Werkes ist sofort zu beginnen, so daß es noch im Herbst 1854 in Betrieb genommen werden kann.

7. Die Straßenbeleuchtung umfaßt mindestens 50 Lampen, die jährlich 1 200 Stunden brennen. Eine Lampe soll in der Stunde 4½ engl. Kubikfuß (128 Liter) Gas verbrennen bei einer Lichtstärke von 9 Kerzen. Dafür bezahlt die Stadt jährlich für jede Lampe 20 Gulden.

8. Wer sich der Gasversorgung anschließen will, muß mindestens 3 Flammen anmelden.

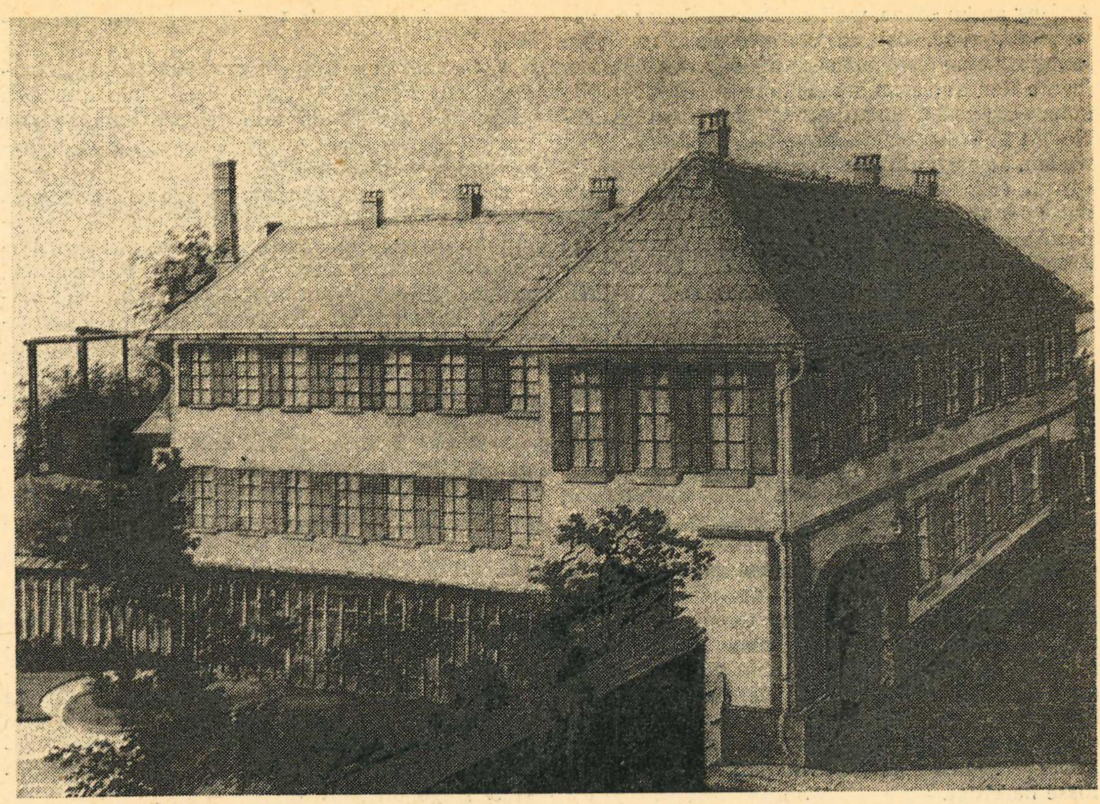
9. Die Bürger bezahlen für 1000 engl. Kubikfuß (28 cbm) 5 Gulden 30 Kreuzer, die Amtsstellen 5 Gulden.

10. Der Vertrag soll 30 Jahre Gültigkeit haben. Nach dieser Zeit geht das Werk in den Besitz der Stadt über. Doch steht es der Stadtgemeinde frei, das Werk auch schon früher zu erwerben. Der Preis würde dann von zwei Technikern und den städtischen Kollegien bestimmt werden.

Die Stadt dachte zuerst daran, an den Kosten des Werkes die Firma Müller zu beteiligen. Diese erklärte sich am 8. Februar 1854 bereit, von den Gesamtkosten, die etwa 45 000 Gulden betragen würden, 12 000 Gulden zu übernehmen. Bei einer Flammenzahl von 700 seien alle Ausgaben in 15 Jahren getilgt. [5])

Doch ging die Angelegenheit nicht recht vorwärts. Sie war noch zu neu, und die Erfahrungen lauteten nicht alle günstig. Namentlich das Stuttgarter Werk hatte große Mängel gezeigt. Noch ganz ungeklärt war die Frage, ob Holzgas oder Kohlengas. Das Holzgas hatte den Vorteil, daß es schwefelfrei war. Dann war auch die Platzfrage schwierig zu lösen. Man dachte vor allem an das Gelände vor dem Bockstor, also an die Gegend beim Kreiskrankenhaus St. Ludwig. Zum Glücke wurde dieser Gedanke wieder fallen gelassen. Um aber endlich aus dem bloßen Gerede zu planvoller Arbeit zu gelangen, schlug Stadtschultheiß Kohn in der Gemeinderatssitzung vom 6. März 1854 vor, eine Kommission zu wählen und ihr die Bearbeitung der Gasfrage zu übertragen.[6]) Die Kommission wurde alsbald aufgestellt und umfaßte die Herren Adolf Köhler, Stadtpfleger Hahn, Werkmeister Köhler, Kaufmann Buhl und die Fabrikanten Walter und Erhard. Die treibende Kraft in diesem Ausschuß sowie der Schriftführer war von Anfang an Fabrikant Erhard. Es zeigte sich bald, daß die Pläne von Müller nicht durchgeführt werden konnten, weil die Stadt sich vorerst nicht an der Abnahme von Gas beteiligen wollte.

Immer wieder machte Erhard einen Vorstoß. Er hatte von allem Anfang an die hohe Bedeutung des Gases für die hiesige Stadt erkannt. Nach der Besichtigung des Gaswerks Mannheim schrieb er am 30. März 1854 dem Gemeinderat:[7]) „Das Gas geht einer bedeutsamen Zukunft entgegen. Es wird bereits mit Vorteil zum Kochen verwendet und bald auch noch zum Heizen in Gang kommen. Je bälder die diesfallsige Einrichtung getroffen wird, um so leichter kommt das Publikum zu dem sich ergebenden Nutzen". Er empfiehlt der Stadt



Gaswerk der Firma Ott und Cie., Milchgasse 10

Holzgas einzuführen, legt die Angebote verschiedener Firmen vor, wie auch einen Plan zur Beschaffung der nötigen Gelder.

Am 15. Mai wurde die Kommission durch Stadtschultheiß Kohn zusammenberufen und beschlossen, einen Sachverständigen zu berufen, der die ganze Angelegenheit eingehend zu bearbeiten habe. Ein staatlich geprüfter Techniker solle dann alles nochmals durchsehen.[9]) Als das für Gmünd geeignetste Unternehmen wird die Firma Engelhard, Mannheim genannt. Namens der Kommission machte Erhard am 16. Juni 1854 dem Gemeinderat weitere Vorschläge.[10]) Er empfiehlt die Aufnahme eines Kredits von 50 000 Gulden und schlägt für den Bau des Gaswerks die beiden Firmen Schäuffele-Heilbronn und Engelhard-Mannheim vor. Schäuffele sei mit Riedinger-Augsburg assoziiert und habe in der Herstellung von Holz- und Steinkohlengas Erfahrung. Er würde das Gmünder Werk auf Kosten der Stadt bauen, es dann auf 20 bis 40 Jahre in Pacht nehmen und das Kapital verzinsen. Nach 35 Jahren wäre das Werk abgeschrieben. Engelhard-Mannheim habe bis jetzt nur Steinkohlengas erzeugt, lege aber der Stadt ein ebenso günstiges Angebot wie Schäuffele vor. Erhard empfiehlt der Stadt, die Straßenbeleuchtung auf Gas umzustellen. Bisher bezahle die Stadt jährlich für 33 Lampen 800 Gulden, bei Gas käme man mit 660 Gulden aus, habe dazu noch helleres Licht und eine längere Brennzeit. Beim Preis von 6 Gulden auf 1000 Kubikfuß Gas komme den Bürgern eine Flamme so stark wie 10 Stearinkerzen in 1 Stunde auf einen Kreuzer, sei also bedeutend billiger als Kerzenlicht. Dabei sei das Gaslicht heller und gleichmäßiger. Vier bis acht Personen hätten bei einer Flamme mehr Helligkeit als jede derselben bei einem Talglicht. „Man betrachte nur irgend ein Lokal, in welchem ein Licht (Kerze) brennt im Vorübergehen von außen, so erscheint dieses wie ein Sternchen, das nur der nächsten Umgebung einen spärlichen Schein abgibt. Man sehe dagegen eine Gasflamme in gleicher Räumlichkeit, und man wird alles wie beim Vollmond hell und klar finden. Das Gas hat eine große Zukunft. Es werden keine 50 Jahre vergehen, so haben unsere Gebäude ganz andere Einrichtungen, die der Holzvorräte nicht mehr bedürfen, weil alles mit Gas beleuchtet, gekocht und geheizt wird."

Trotz allem kam man über langes Beraten und Verhandeln nicht hinaus. Da nahm die Sache plötzlich eine unerwartete Wende. Die Fabrikanten Ott und Cie. in der Milchgasse (heute Josef Pauser) beschlossen, eine Gasfabrik für ihren eigenen Bedarf zu bauen. Allerdings hatten sie von

Anfang an im Sinne, weitere Gasabnehmer zu gewinnen. Am 19. Mai 1855 erschien im „Boten vom Remstal" eine Bekanntmachung des K. Oberamts (heute Landratsamt), wonach die Fabrikanten Nikolaus Ott und Cie. zur Beleuchtung ihres neu erbauten Fabrikgebäudes eine Gasfabrik errichten wollen. Dagegen könne innerhalb 15 Tagen Einspruch erhoben werden. Schon am 26. Mai 1855 hatte der Gemeinderat der Firma Ott und Cie. den Kauf eines Gartens von Goldarbeiter Schurr zur Erstellung einer Gasfabrik genehmigt.[12]) Das Grundstück lag unmittelbar neben der Ottschen Fabrik an der Brandstatt (heute Landespolizei). Von den Gmünder Bürgern erhob keiner Einsprache gegen den Bau, wohl aber das Kameralamt (Finanzamt), dem das angrenzende Oberamtsgerichtsgebäude (heute Hofstatt 3 und 7) unterstellt war. Es behielt sich eine Klage auf Beseitigung der Anstalt vor, wenn sich ergeben sollte, daß durch die Gasanstalt dem Oberamtsgerichtsgebäude oder dessen Gärten Schaden entstehen sollten.[13]) Sehr scharf dagegen wendete sich Oberamtsrichter Römer gegen den geplanten Bau, denn er war Bewohner des Oberamtsgerichts. Er befürchtete einen unangenehmen Geruch und Dünste, die für Menschen und Pflanzen schädlich sein könnten. Dem gegenüber betonte der Oberamtsarzt, daß er in gesundheitlicher Hinsicht keine Bedenken habe, wenn das Werk den Vorschriften entsprechend gebaut würde. Da auch die Stadt keine Einwürfe erhob, waren die größten Hindernisse beseitigt.

Darauf erteilte das K. Oberamt den Fabrikanten Ott und Cie. am 10. Juni 1855 die Erlaubnis zum Bau eines Gaswerkes, allerdings nur für das eigene Bedürfnis. Die Kreisregierung Ellwangen verlangte jedoch in einem Erlaß vom 23. November 1855,[14]) daß sowohl die Pläne wie auch das Bauwerk und dessen Einrichtung samt den Röhren dauernd von der Bau- und Feuerschau Gmünd überwacht werde. Als Sachverständiger sei Reallehrer Frey beizuziehen. So hoffte man Schäden durch Feuer und Explosionen vermeiden zu können.

Ein Gaswerk für einen einzigen kleinen Betrieb war jedoch nicht wirtschaftlich. Deshalb wandten sich die Unternehmer alsbald mit der Bitte an das K. Oberamt, ihnen zu gestatten, weitere Betriebe an ihr Gaswerk anschließen zu dürfen. Sie beabsichtigten, von ihrem Werk eine Hauptleitung bis etwa zum Marktbrunnen zu legen. Von ihr sollten zwei Nebenlinien abgezweigt werden, die eine durch die Bocksgasse bis zur Firma Erhard und Söhne (Heute Münsterdrogerie), die andere durch die Marktgasse zur Walterschen Fabrik (heute Kronengasse 6, Hofsäß). Am 5. Dezember 1855 machte das K. Oberamt die Bevölkerung im „Boten vom Remstal" mit diesen Plänen bekannt.[15]) Schon am 3. Dezember 1855 hatten die bürgerlichen Kollegien hierüber geäußert:[16])

1. Man begrüße die Einrichtung eines Gaswerkes.
2. Da aber dem Gemeinderat jede eigene Erfahrung mit solchen Betrieben fehle, könne er sich nicht dazu äußern, ob noch weitere Gebäude oder gar die ganze Stadt an die Gasversorgung angeschlossen werden sollen.
3. Um aber den hiesigen Bewohnern möglichst rasch die Vorteile der Gasbeleuchtung zuteil werden zu lassen, wolle man zusammen mit dem Unternehmer an die Kreisregierung die Bitte richten, schleunigst einen sachverständigen höheren Techniker hierher zu schicken, welcher über die auftretenden Fragen Auskunft erteilen könne.
4. Von der Beleuchtung der Straßen und öffentlichen Gebäude mit Gas wolle man vorerst Abstand nehmen.
5. Die Gasröhren dürfen vom Unternehmer in den Straßen verlegt werden. Er muß aber der Stadt, sofern sie es wünscht, gestatten, sich an die gelegten Leitungen anzuschließen. Das Gas darf für die Stadt nicht höher berechnet werden, als was Heilbronn und Stuttgart zur Zeit bezahlen.
6. Der Stadt bleibt das vollständige Verfügungsrecht über ihre Straßen.

Darauf gingen die Unternehmer ein und erhielten von der Stadt nun die Genehmigung für die Erweiterung der Gasversorgung, aber nur in dem oben angegebenen Umfang. Für jede weitere Vergrößerung der Anlage muß eine neue Genehmigung eingeholt werden.

Die Bau- und Feuerschau unter ihrem Vorsitzenden Reallehrer Frey hatte fleißig gearbeitet. Sie erstattete am 1. Dezember 1855 einen ausführlichen Bericht an den Gemeinderat. Das Gaswerk hatte damals seinen Betrieb schon aufgenommen. Es verfügte über zwei Retortenöfen und einen Gaskessel mit 3 000 Kubikfuß (84 cbm) Fassungsvermögen. Die ganze Anlage war eingehend überprüft worden und hatte zu Bedenken keinen Anlaß gegeben.[17])

Die Unternehmer hatten sich sehr anstrengen müssen, um so viele neue Abnehmer zu finden, daß das Werk sich lohnte. Sie klagten am 4. Dezember 1855 der Stadt, sie hätten jetzt auf 2 300 Fuß (etwa 700 m) Leitung 100 Flammen bekommen, während Heilbronn auf 1000 Fuß (etwa 300 m) 300 Lampen aufweisen könne.

Endlich, am 16. Mai 1856, traf die Erlaubnis der Kreisregierung zur Erweiterung des Gaswerks ein. Folgende Bedingungen waren gefordert worden:[18])

1. Die Bau- und Feuerschau, verstärkt durch Reallehrer Frey und einen staatlichen Techniker, muß das Werk in Ordnung finden. Die Unternehmer haben die Verpflichtung, das Werk und seine Einrichtungen dauernd in diesem guten Zustand zu erhalten.
2. Die Nachbarn sind vor Nachteilen und Belästigungen zu schützen. Die gesundheitspolizeilichen Vorschriften sind genau einzuhalten.

3. Die Brunnen dürfen durch Nebenprodukte der Gaserzeugung nicht verunreinigt werden.
4. Die polizeilichen Vorschriften für das Gaswerk Stuttgart sind entsprechend auf das Gmünder Werk anzuwenden.
5. Die Bau- und Feuerschaukommission, verstärkt durch ein sachverständiges Mitglied der Realschule, hat dauernd das hiesige Gaswerk zu überwachen.

Im „Boten vom Remstal"[19]) vom 17. Juni 1856 wurden nun vom K. Oberamt eingehende „Polizeiverfügungen, Belehrungen und Warnungen zur öffentlichen Kenntnis" gebracht, die hier übergangen werden können.

Nachdem scheinbar alles geebnet war, tauchten neue Schwierigkeiten auf. Es kam zu ernsten Zerwürfnissen zwischen der Firma Ott und der Baufirma August Müller, die zu einem langwierigen Rechtsstreit führten. Unterdessen lagen die Arbeiten still. Die Firma Ott trug sich sogar mit dem Gedanken, auf eine Erweiterung des Werkes zu verzichten. Am 26. August 1856 berichtete das Stadtschultheißenamt dem K. Oberamt,[20]) daß die Firma Ott und Cie. von der erteilten Genehmigung, in hiesiger Stadt die Gasbeleuchtung einführen zu dürfen, keinen Gebrauch mehr machen wolle. Erst im folgenden Jahre wurden die Streitigkeiten beendet.

Am 3. März 1857 meldet die Firma Ott, daß sie mit Erhard und Söhne, Gebrüder Deyhle und Böhm und Dominikus Forster Gaslieferungsverträge abgeschlossen habe. Sie hoffe, daß die Rohrlegungen noch nach den alten Bedingungen vom 3. Dezember 1855 ausgeführt werden dürfen.[21])

Die Firma Ott verlangte außerdem von der Stadt, daß ihr für die nächsten 10 Jahre das ausschließliche Recht zur Gaslieferung in hiesiger Stadt bewilligt werde. Das aber lag nicht in der Absicht des Gemeinderats. Um endlich zum Abschluß zu kommen, berief Stadtschultheiß Kohn am 21. März 1857 nochmals die Gaskommission zusammen und stellte mit dieser die Bedingungen auf, welche der Firma Ott vorgelegt werden sollen.[22]). Würde sie diese ablehnen, so solle die Stadt die früher erteilten Genehmigungen zurückziehen. Die Bedingungen lauteten:

1. Ott und Cie. erhält die Erlaubnis zur Lieferung von Gas an die Firmen Dominikus Forster, Deyhle und Böhm (beide Firmen in der Rinderbachergasse) und Karl Erhard (Bocksgasse).
2. Die Erlaubnis Gasröhren legen zu dürfen erstreckt sich nur auf die Zeit bis der Gaslieferungsvertrag mit den genannten drei Fabriken von der Firma Ott erfüllt ist, unter keinen Umständen aber länger als fünf Jahre.
3. Jedem Unternehmer in hiesiger Stadt bleibt es unbenommen, auch während dieser 5 Jahre mit Genehmigung des Gemeinderats eine Gasanstalt einzurichten. Doch wird der Gemeinderat vorkommendenfalls es der Firma Ott ermöglichen, auch weiterhin obige drei Firmen mit Gas zu beliefern.
4. Will die Stadt das Rathaus oder die in der Nähe liegenden Laternen an die Gasleitung anschließen, so haben Ott und Cie. die Leitungen auf ihre Kosten zu legen und das Gas zu billigerem Preise als den drei Firmen zu liefern. Jedenfalls dürfen nicht mehr als 6 Gulden für 100 Kubikfuß (28 cbm) verlangt werden.
5. Die Arbeiten sind zu beschleunigen, und die Schäden an den Straßen alsbald zu beheben.

Nachträglich wurde noch beschlossen, versuchsweise das Rathaus und einige Laternen an die Gasleitung anzuschließen.

Der Vertrag wurde endlich am 11. Mai 1857 von der Firma Ott unterzeichnet. Das Stadtschultheißenamt berichtet darüber dem K. Oberamt am folgenden Tage und fügt bei:[23]) „Sehr zu bedauern ist, daß die Gasbeleuchtung nur in so geringer Ausdehnung zustande kommen soll; allein, es ist doch wenigstens ein Anfang gemacht."

Die Arbeiten gingen nun rüstig vorwärts. Am 30. Juli 1857 veröffentlichte das Stadtschultheißenamt im „Boten vom Remstal"[24]) folgende Bekanntmachung: „Nachdem die Vorarbeiten zur Beleuchtung hiesiger Gebäude mit Gas vollendet sind, werden all diejenigen, welche von der Ottschen Gasanstalt Gebrauch machen, auf die oberamtlichen Bekanntmachungen vom 11. Juni 1856 betr. die Beleuchtung von Gebäuden durch Gas und die Belehrung über das Verhalten beim Gebrauch des Gases verwiesen."

Kurz darauf schlossen sich auch noch die Ritterwirtschaft (heute Lichdi) und die Speisewirtschaft Köhler (heute Farben-Schmidt) an das Gaswerk an. Am 31. September 1857 gestattet das K. Oberamt der Stadt die Benützung der Gaseinrichtung im Rathaus mit 20 Flammen und kurz darauf auch die Betriebnahme von 7 Straßenlaternen[25]).

Das war ein bescheidener Anfang, der nicht das hielt, was man ursprünglich wollte. Sofort setzten deshalb Bestrebungen ein, welche eine großzügige Gasversorgung der ganzen Stadt bezweckten. Der Vertrag mit der Firma Ott und Cie., der im Frühjahr 1862 ablief, wurde daher nicht erneuert, sondern der Bau eines neuen leistungsfähigen Gaswerks beschlossen. Am 4. Februar 1861 stellte der Gemeinderat eine Kommission auf, welche sich mit der allgemeinen Gasversorgung der Stadt befassen sollte, und am 28. Dezember 1861 nahm das neue Werk seinen Betrieb auf. Doch darüber im zweiten Teil.

Literatur: Bote vom Remstal Jahrg. 1853 bis 1860 — Gemeinderatsprotokolle 1853 bis 1860 — Akten über das Gaswerk von 1853 ab. Alles Stadtarchiv.

Abkürzungen: BR = Bote vom Remstal — GP = Gemeinderatsprotokolle — A = Akten des Stadtarchivs.
Quellennachweise: 1) BR 1853 Nr. 133 — 2) BR 1853 Nr. 140 3) GP 1854 S. 166 — 4) A Nr. 1 — 5) A Nr. 3 — 6) A Nr. 14 7) GP 1854 S. 176 — 8) A Nr. 11 — 9) A Nr. 13 — 10) A Nr. 14 11) BR 1855 — 12) GP 1855 S. 48 — 13) A Nr. 15 — 14) A Nr. 16 15) BR 1855 S. 138 — 16) GP 1858 S. 127 — 17) A 18 — 18) A 26 19) BR 1856 N. 67 — 20) A 29 — 21) A 31 — 22) GP 1857 S. 50 23) A 37 — 24) BR Nr. 85 — 25) A 45.

Zehntabgabe befreit. Deshalb war es für die Pfarrer wichtig, besonders genau auf die Einhaltung der Zehntverpflichtungen der Bauern zu achten. Dieses Bestreben brachte viele Streitigkeiten mit sich. 1657 beschwerte sich der Heubacher Pfarrer Lorentz Bernhard Knörzer, daß ihm der Amtmann Johann Melchior Besserer[6a] (Bürgermeister war 1657 Basti Ebner) den 4. Teil des kleinen Zehnten, welcher der Afra-Kaplanei und damit dem Pfarrer zustand, nicht zukommen lassen wolle. Der Amtmann klagte dagegen bei der herzoglichen Kammer, der Pfarrer nehme ¾ des Heu- und ¼ des kleinen Zehnten umsonst ein, während er für ¼ des Heuzehnten 8 Gulden Zins zu bezahlen habe, obgleich es sich doch bei beiden „pro parte Salarii" (um den Lohn) handle. Außerdem sei der vierte Teil der Wiesen, von denen ihm der Zehnte zustehe, umgebrochen worden, um Hanf, Erbsen und Flachs darauf anzubauen. Ihm entgehe davon der Heuzehnte, denn da dem Pfarrer der kleine Zehnte zustehe, fordere er diesen auch von den Früchten der genannten Wiesen.

Die Beschwerden gingen an die herzogliche Kanzlei, auf deren Befehl sich der Vogt zu Lauffen und der Spezial Lindenmaier zu Heidenheim der Sache annehmen mußten. Im Zusammenhang mit den Untersuchungen erfahren wir durch ein Schreiben vom 8. Okt. 1657, daß sich schon der Vorgänger des Pfarrers Knörzer, Lizentiat Lyser[7], wegen derselben Dinge beklagt hatte. Zunächst habe er auch von den umgepflügten Wiesen den Fruchtzehnten erhalten, erst im 4. Jahr seiner Amtszeit, als viel mehr Flachs als sonst ausgesät worden sei, habe der Amtmann den Zehnt davon für sich beansprucht. Als sein (des Pfarrers) Protest nichts geholfen habe, sei er wegen dieser Streitigkeiten nach Eningen versetzt worden.

1) E. Müller, Kleine Geschichte Württembergs, S. 137

2) Für das Jahr 1554 konnte ich feststellen, daß damals in Heubach 100 steuerpflichtige Männer ansässig waren. Die Spezification von 1640 findet sich bei Chr. F. Sattler, Geschichte des Herzogthums Würtenberg, 7. Teil, Tübingen 1774, Beilage Nr. 69 Specification derjenigen Ort, welche Herzog Eberhards zu Würtenberg Fürstl. Gn. dieser Zeit in Händen und die Quartieren von den angewiesenen 3 Regimentern zu Pferd zu belegen aufgegeben worden. d. d. 20. Nov. 1640.

3) Das plötzliche Ansteigen der Pest nach der Schlacht bei Nördlingen hat für Gmünd A. Deibele nachgewiesen. Gm. Hbl. 1962, Nr. 11.

4) Nach der Chronik der Gemeinde Heubach von Th. Jäger

5) E. Müller, Kleine Geschichte Württembergs, S. 138

6) Kurzfutter, Häckerling, auch Stroh, Getreideabfälle u. dgl., mit warmem Wasser angemacht u. dem Vieh vorgesetzt (Fischer, Schwäb. Wörterbuch Bd. 3, S. 530) In unserer Gegend hört man noch den Ausdruck „Siede".

6a) Das Wappen des Joh. Melchior Besserer (vgl. Photo 1) weist keine Ähnlichkeit mit dem Wappen des bekannten Ulmer Geschlechts der Besserer auf. Einzelne Beobachtungen legen die Vermutung nahe, daß Joh. Melchior Besserer verwandt ist mit den Besserern zu Leonberg. Die Zusammenhänge sollen später an anderer Stelle untersucht werden.

7) Er kam aus Tübingen. Sein unmittelbarer Vorgänger war Samuel Gerlach.

(Schluß folgt)

Zeitgeschehen März-April 1964

2. März: Glockenweihe in Straßdorf.

5. März: Die Stadt Gmünd beschließt den Bau einer Verkehrsstraße von Oberbettringen zum Neubaugebiet Gügling. Kosten 1,8 Millionen.
- Die Omnibushaltestelle auf dem unteren Marktplatz soll verbessert werden, unter anderem auch durch Beseitigung des Vorgartens beim Städtischen Spital.

Die Städtische Volksbücherei steht in Zukunft auch den Landgemeinden offen.

Der Gemeinderat Gmünd verzichtet auf die Abhaltung der Pferdemärkte im Februar und Oktober, so daß nur noch im Mai ein Pferdemarkt durchgeführt wird.

Gründungsversammlung des Einkäuferclubs „Ostalb-Staufen" im „Bundesverband industrieller Einkäufer e. V." im Rokokosaal des Stadtgartens.

Aus dem Gemeinderat Lorch:
Oberkirneck erhält ein Feuerwehrgerätehaus mit Zisterne, Strauben ein Feuerwehrgerätehaus.
Das neue Schulhaus in Unterkirneck soll nach den Plänen von Lothar Frey erstellt werden. Baubeginn Herbst 1964. Kosten 660 000 DM.

8. März: Die gründliche Wiederherstellung des Inneren der Tonolzbronner Kirche wurde durch einen Dankgottesdienst abgeschlossen.

10. März: Der Gemeinderat Lindach genehmigt die Erweiterung der Schule um 3 Klassenräume, zusätzlich einem Film- und einem Musiksaal. Kosten 475 000 DM. Mit dem Neubau soll 1965 begonnen werden. Planung und Bauleitung Rudolf Häusler.

14. März: Degenfeld. Auf dem Hornberg wird ein neues Schulungsgebäude mit 22 Zweibettzimmern nach 2jähriger Bauzeit fertiggestellt.

20. März: Richtfest für 17 Erwerbshäuser der Gmünder Siedlungsgesellschaft auf dem Rehnenhof.

Zeitgeschehen April

10. April: Der VdK Gmünd beschließt die Errichtung eines Ehrenmals für die Gefallenen des letzten Weltkriegs.

18. April: Eröffnung der Dreifaltigkeitsbrücke.

19. April: Weihe des Hochaltars in Schechingen.

20. April: 41 Bürgern und Bürgerinnen unserer Stadt wird als Blutspendern die Ehrennadel in Bronze überreicht.

23. April: Richtfest für die Sparda in Vordersteinenberg.

Für die Redaktion: Albert Deibele, Schwäbisch Gmünd, Sicherstraße 3. Beiträge sind an diese Anschrift zu richten.



Nummer 6 — Schwäbisch Gmünd, Juni 1964 — 25. Jahrgang

Das Gaswerk Schwäbisch Gmünd

Weitere Entwicklung der Gasversorgung in Schwäbisch Gmünd

Albert Deibele

Das Gaswerk von L. A. Riedinger, 1861/1862

Die Gaslieferung durch die Firma Ott und Cie. scheint nicht befriedigt zu haben. Zweifellos war das Werk von Anfang an zu klein angelegt, war daher nicht leistungsfähig und an seinem gegenwärtigen Standort auch nicht ausbaufähig. Die Stadt hatte daher nicht im Sinn, den Gaslieferungsvertrag mit Ott und Cie. wegen der Beleuchtung des Rathauses und einiger Straßen über das Frühjahr 1862 hinaus zu verlängern. Sie wollte ein größeres Werk für das gesamte Stadtgebiet. Daher bestellte der Gemeinderat am 4. Februar 1861 einen Ausschuß unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Kohn[1], welcher diese Aufgabe eingehend bearbeiten sollte. Der Ausschuß schlug schon am 25. Februar 1861 dem Gemeinderat vor, L. A. Riedinger, Augsburg, als Sachverständigen und Unternehmer in Gassachen zu einer Besprechung hierher zu bitten[2].

Gegenüber früher hatte sich 1861 einiges geändert. Der Bau der Eisenbahn von Cannstatt nach Wasseralfingen stand vor dem Abschluß. Der Verkehr konnte in der Tat im September 1861 aufgenommen werden. Dadurch war die Lieferung von billiger Steinkohle gesichert. Diese wurde nun an Stelle des Holzes Ausgangspunkt der Gasbereitung. Im Zuge des Bahnbaus wurde das gesamte Gelände nördlich der Stadt umgestaltet. Die Rems wurde, um der Bahn Platz zu machen, näher an die Stadt herangerückt. Sie erhielt vom heutigen Schlachthaus bis zur Bahnhofsbrücke ein geradliniges Bett. Die Stadtmauer von der Josenbrücke bis zur Bürgerstraße kam zum Abbruch. Dem neuen Remsbett entlang wurde die Remsstraße angelegt. Zwischen ihr und der ehemaligen Stadtmauer gab es nun Raum für Bauplätze. Von diesem Gelände besaß die Stadt den sogenannten Gmelinschen Garten, der sich von der Bürgerstraße bis zum Hennentörle (bei Gebäude Baldungsstraße 25) hinzog.

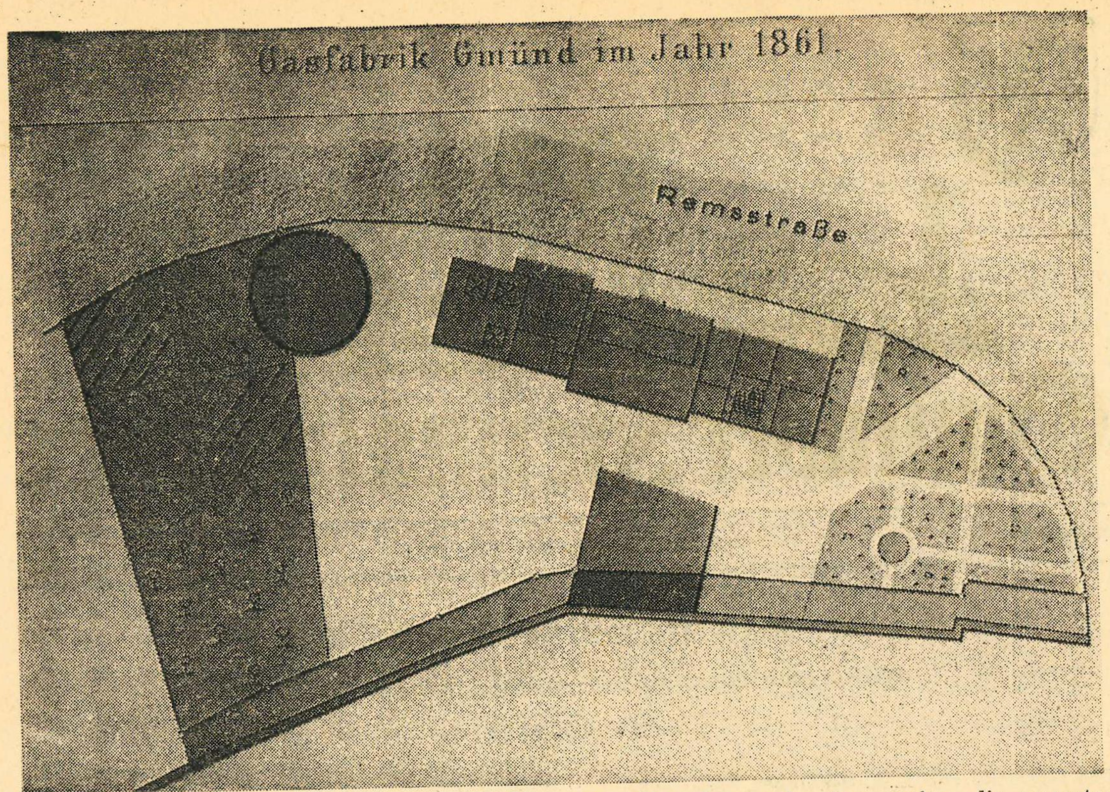
Die Verhandlungen mit L. A. Riedinger schritten rasch voran. Schon am 27. März 1861 konnte Stadtschultheiß Kohn dem Gemeinderat einen Vertragsentwurf mit L. A. Riedinger vorlegen[3]. Er wurde mit geringen Änderungen von den bürgerlichen Kollegien einstimmig angenommen und am 15. April 1861 von Riedinger unterschrieben. Sein Hauptinhalt ist folgender[4]:

1. L. A. Riedinger verpflichtet sich, an die Stadt und jeden Bürger, sobald der betreffende Stadtteil für Gasbeleuchtung erschlossen ist, Gas zu liefern.

2. L. A. Riedinger erhält das alleinige Recht, auf städtischem Boden Gasleitungen zu legen. Dadurch kam die gesamte Versorgung der Stadt mit Gas in seine Hand.

3. Die öffentliche Gasbeleuchtung umfaßt mindestens 102 Flammen mit der Leuchtkraft von je 14 Stearinkerzen.

4. Die Stadt stellt Riedinger einen Bauplatz hinter dem Hennentörle (heutiger Platz des Gas-



werks) gegen einen Kaufpreis von 1000 Gulden (1710 Mark) für den Morgen zur Verfügung.

5. Riedinger ist berechtigt, unter Oberaufsicht des Stadtbauamtes auf städtischem Boden Gasleitungen legen zu lassen. Die entstandenen Schäden sind wieder in Ordnung zu bringen, alles auf Kosten Riedingers.

6. Der Stadt bleibt das Recht, auch nach Legung der Röhren ihre Straßen und Plätze nach Belieben zu benützen oder benützen zu lassen.

7. Die Leitungen werden bis zu den Hauswänden auf Kosten der Hausbesitzer gelegt.

8. Die Stadt hat das Recht, im Zusammenwirken mit Riedinger die Güte und die Leuchtkraft des Gases zu überwachen.

9. Der Gaspreis beträgt 7 Gulden (11,97 Mark) für 100 englische Kubikfuß (2,8 cbm). Riedinger hat dem Gemeinderat alljährlich den Geschäftsabschluß vorzulegen, aus welchem der Reinertrag zu ersehen ist. Dieser entscheidet, ob der Gesamtpreis erhöht oder vermindert werden soll.

10. Das Gaswerk hat spätestens am 1. März 1862 seinen Betrieb aufzunehmen.

11. Vorliegender Vertrag tritt mit dem Beginn der Gaslieferung in Kraft und endet nach 36 Jahren. Wird er nicht 1 Jahr vor Ablauf der Frist gekündigt, so läuft er jeweils 6 Jahre lang weiter.

12. Die Stadt hat das Recht, mit Ablauf des Vertrags, aber auch schon vorher, die gesamten Anlagen des Werks zu erwerben. Die Ablösungssumme beträgt den 16fachen Betrag des Durchschnittes des Reinertrags der letzten 10 Jahre.

Das ist der Hauptinhalt des Vertrags. Das Gaswerk war also ein privates Unternehmen von L. A. Riedinger. Die Stadt hatte das Recht, sich an der Beaufsichtigung und der Preisgestaltung zu beteiligen und die gesamten Anlagen nach 36 Jahren oder früher um eine festgelegte Summe zu erwerben.

Die Arbeiten wurden sehr rasch vorangetrieben. Am 1. Juli 1861 erfolgte der 1. Spatenstich, und schon am 28. Dezember 1861 konnte die Gasversorgung aufgenommen werden[5]. Von der Eröffnung erschien im „Boten vom Remstal" unterm 30. Dezember 1961 folgender kleiner Bericht: „Die neue Gasfabrik, mit deren Bau Herr L. A. Riedinger von Augsburg heueriges Frühjahr begonnen, hat es im alten Jahr noch so weit gebracht, daß wir die Straßen der Stadt, die Wirtshäuser und Kaufläden seit einigen Tagen mit ihrem Produkte probeweise beleuchtet sehen."

Das Werk war ohne Unfall durchgeführt worden, und die Überprüfung der Anlagen durch die Gaskommission ergab keinerlei Anstände. Die Freude über das gelungene Werk war daher groß, um so mehr, als die Durchführung in eine ungünstige Zeit gefallen war. Der in vollem

Gange befindliche Eisenbahnbau hatte nämlich die meisten Bauhandwerker an sich gezogen. Außerdem stieß die Beschaffung der nötigen Maschinen, Lampen und Beleuchtungskörper auf große Schwierigkeiten, da Gaswerke für die Industrie Neuland waren und es an ausgiebiger Erfahrung mangelte. Es war daher ein großes Ereignis, als am 28. Dezember 1861 abends das Gaslicht zum Erstaunen und der Bewunderung der Bevölkerung von Stadt und Land aufflammte. Mit 113 öffentlichen und 1811 privaten Flammen war der Anfang gemacht worden. Ein Bankett vereinigte an diesem Tage noch die Beteiligten zu einer wohlverdienten fröhlichen Feier[6].

Die Anlage war auf einem Gelände von rund 50 Ar erstellt worden. Sie umfaßte damals

1. ein Retortenhaus, massiv aus Stein erbaut mit Wellblechdach, einem Zweier- und Dreierofen und einem Ofengewölbe für 5 Retorten;
2. einen Kamin von etwa 24 Meter Höhe;
3. zwei Fabrikflügelbauten für die Arbeitszimmer, die Werkstätten, die Instrumente und eine Wohnung;
4. einen Kohlenschuppen auf Freipfosten;
5. einen Gasbehälter mit 1800 englischen Kubikfuß (etwa 54 cbm) Fassungsvermögen.
6. eine 500 Meter lange Wasserleitung.

In den Straßen der Stadt lagen 7 km Röhren[7]. Die Stadt hatte es sehr begrüßt, daß L. A. Riedinger das Gaswerk auf eigene Kosten erbaut und ihr dadurch jedes Risiko abgenommen hatte. Es war aber zu erwarten, daß L. A. Riedinger das Werk so rasch wie möglich wieder abzustoßen suchte, um über die in ihm festgelegten Kapitalien verfügen zu können. Trotzdem zeigte sich die Stadt überrascht, als ihr Riedinger mitteilte, daß er gesonnen sei, das Gaswerk um 130 000 Gulden an eine Aktiengesellschaft abzutreten[8]. Nach dem Vertrage vom 27. 3./15. 4. 1861 hatte die Stadt das Recht, auch während der Vertragsdauer das Werk zu erwerben; auch war ihr ein Vorkaufsrecht bei einer Veräußerung zugesichert. Bei einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mußten der Stadt die Satzungen zur Genehmigung vorgelegt werden. Als diese Angelegenheit am 22. Mai 1862 im Stadtrat zur Sprache kam[9], wurde der Ankauf des Gaswerks seitens der Stadt zwar erwogen, aber „wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes" beschlossen, einen Ausschuß einzusetzen, welcher diese Frage eingehend untersuchen solle. Um klar zu sehen, begaben sich Stadtpfleger Hahn und die Gemeinderäte Buhl und Zieher nach Ulm und prüften vor allem die kaufmännische Seite des dortigen Gaswerkes. Die Ergebnisse befriedigten nicht in der Weise, daß sich die Stadt zum Ankauf des Werkes entschließen konnte. In der Gemeinderatssitzung vom 13. Juli 1862 wurde das Bedauern ausgedrückt, daß die Stadt jetzt schon in die Lage versetzt werde, wegen der Veräußerung des Werkes Beschlüsse fassen zu müssen. Die gesamten bürgerlichen Kollegien seien der Meinung gewesen, daß Riedinger wenigstens einige Jahre hindurch das Werk auf eigene Kosten führe. Dadurch hätte man Zeit gewonnen, sich Erfahrungen zu sammeln, namentlich auch hinsichtlich der Entwicklung des hiesigen Werkes. Riedinger habe wohl Berechnungen über den mutmaßlichen Gasverbrauch von 1862/63 vorgelegt. Man erkenne zwar an, daß das Werk die Erwartungen übertroffen habe, doch bleibe der Gasverbrauch hinter den Berechnungen Riedingers zurück. Auch habe er für die Weiterentwicklung immer die günstigsten Wirtschaftsverhältnisse zugrunde gelegt, ohne deren Schwankungen zu berücksichtigen. Der Ausschuß für das Gaswerk glaube nicht, daß der von Riedinger berechnete Reingewinn von 7 vom Hundert erreichbar sei. Er halte es auch für gewagt, im Gaswerk ein städtisches Kapital von 130 000 Gulden festzulegen. Darauf beschließen die bürgerlichen Kollegien

a) zu gestatten, das Gaswerk einer Aktiengesellschaft zu übergeben;

b) den Vertrag und die Satzungen dieser am 8. April 1862 gegründeten Aktiengesellschaft zu genehmigen.

Der Gemeinderat stellt aber die Bedingung, daß die Aktiengesellschaft in die gleichen Rechte und Pflichten eintrete, wie sie der Vertrag mit L. A. Riedinger festgelegt hatte. Auch soll der neue Vertrag ebenfalls 36 Jahre dauern wie der alte. Ferner wurde verlangt, daß jede Änderung des Gesellschaftsvertrags und der Satzungen dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werde.

Am 11. September 1862 wurde im Gemeinderat bekannt gegeben[10], daß „das Gründungskomitee der Aktiengesellschaft der hiesigen Gasfabrik auf den gemeinderätlichen Beschluß vom 31. Juli 1862 eingeht." Darauf genehmigte der Gemeinderat unter Zustimmung des Bürgerausschusses „die Abtretung der Gasfabrik an eine Aktiengesellschaft", die praktisch schon am 1. Mai 1862 ins Leben getreten war. Die Aktionäre waren Finanzrat I. A. Riedinger, Rupert Walter, Vorsitzender Eduard Bichler, Apotheker Franz Kayfel und Adolf Geyer aus Leutendorf bei Wunsiedel als Geschäftsführer. Die Gasfabrik von Ott und Cie. stellte bald darauf ihren Betrieb ein.

Literatur: Gemeinderatsprotokolle 1861 und 1862 (GP) — Adolf Geyer: Geschichte der Entstehung und Entwicklung der Gasanstalt Gmünd von 1861 bis 1886. Stuttgart 1886 (Geyer) — Bote vom Remstal.

Nachweise: 1) GP 1861 S. 272 — 2) GP 1861 S. 283 — 3) GP 1861 S. 307 — 4) Vertrag zw. d. bürgerl. Collegien d. Stadt Schwäb. Gmünd einerseits und L. A. Riedlinger von Augsb. andererseits über Einrichtung und Besorgung der Gasfabrik Gmünd 1877, Druck — 5) Geyer S. 4 — 6) Geyer S. 5—7 — 7) Geyer S. 4 — 8) GP 1862 S. 594 — 9) GP 1862 S. 593 b — 10) GP 1862 S. 620.

Fortsetzung folgt.

württembergischer Beamter. Als Maurer hatte er selbst am Wiederaufbau der Ulrichskirche mitgearbeitet, und er wird wohl manche unbezahlte Überstunde gemacht haben. Auf Grund seines Eifers und seiner Zuverlässigkeit hatte er es vom Forstknecht zum württembergischen Acziseeinnehmer gebracht (die in der Zeit des Absolutismus von den Herrschern bevorzugte Verbrauchssteuer, im allgemeinen Aczise genannt, war von Württemberg 1638 zur Hebung der Finanzen eingeführt worden[14]). Natürlich hatte Uhlmann zum Herzogtum Württemberg ein besonderes Verhältnis, schützte doch der Herzog selber seinen Glauben und den seiner Eltern. Der Landesherr war weltliche und kirchliche Obrigkeit. Als Mitglied des Gerichts (das damals auch die Funktion des Gemeinderats erfüllte) tat Uhlmann seinen Dienst für das Gemeinwohl und genoß deshalb die Achtung seiner Mitbürger. Als Pfleger der städtischen Armenkasse hatte er bei der damals herrschenden Not keine ganz einfache Aufgabe zu erfüllen. Die württembergischen Herzöge hatten durch die Tat sich um die Hilfe für die Armen bemüht, was vorher allein Aufgabe der Kirche gewesen war. Schon in der ersten Kastenordnung von 1536 hatte Herzog Ulrich vorgeschrieben, daß im Armenkasten das gesammelt werden solle, was von den Mitteln für die Kirche und Schule übrig blieb, und daß man Almosen sammeln sollte. Die Wohlfahrtspflege wurde vom Kirchenkonvent überwacht, und es ist deshalb wohl anzunehmen, daß Uhlmann auch Mitglied dieser Institution war. Sein unmittelbares Zusammentreffen mit der Armut der Menschen in Ausübung seines Amtes läßt ihn auch in seinem Testament an die Armen der Gemeinde denken. Er vermachte dem Armenkasten ein Kapital von 10 Gulden in Gold, aus dessen jährlichen Zinsen den Armen Hilfe gebracht werden sollte. Dadurch erreichte er, daß auch noch nach seinem Tode durch ihn in christlicher Nächstenliebe den Menschen Gutes zuteil wurde. Am 14. Mai 1692 wurde der Heubacher Bürger Jakob Uhlmann „christehrlich in das Ruhebettlein begleitet".

Aber auch der Staat hatte sich das Anliegen zu eigen gemacht, die Moral und Frömmigkeit in den einzelnen Landesteilen wieder zu festigen. Der Prälat Joh. Val. Andreä hatte bei einem Aufenthalt in Genf bei den Gemeinden der Reformierten das sogenannte Konsistorium kennengelernt. Nach den Ideen Calvins war dies ein aus den Ältesten der Gemeinde (Presbytern) und dem Pfarrer zusammengesetztes Gremium, welches die Ordnung Gottes unter den Menschen herzustellen hatte. Diese Männer mußten deshalb das Leben der Gemeindemitglieder bis in Einzelheiten kontrollieren, damit strenge Zucht, welche „Substanz der Kirche" war, aufrechterhalten blieb. Andreä gab den Anstoß, daß auch in Württemberg den Konsistorien ähnliche Einrichtungen, die sogenannten Kirchenkonvente, eingeführt wurden. Dies geschah durch eine Verordnung vom 29. 7. 1642. (Synodalbeschluß 1644). Mitglieder des Kirchenkonvents waren der Pfarrer, der jeweilige Gemeindevorstand und die Mitglieder des Gerichts. Alle 2—4 Wochen hielt man eine Zusammenkunft ab, wobei über Verfehlungen der Bürger entschieden wurde. Es waren besondere Aufpasser (Deferenten) aufgestellt, welche Vergehen der Bürger wie das Fernbleiben vom Gottesdienst, Unehrlichkeit, Mißachtung der guten Sitten u. ä. zu melden hatten. Besonders warf man auch eine Zeitlang sein Augenmerk auf die sogenannten Kirchenschläfer. Wer seinen Mitbürger gegenüber durch sittenwidriges Verhalten Ärgernis gegeben hatte, konnte verwarnt oder mit Geld und Gefängnis bestraft werden. In Stuttgart gab es das sogenannte „Narrenhäusle", in welches aus dem Lande solche gebracht wurden, die sich schwere Vergehen hatten zuschulden kommen lassen. Dort mußten sie bei karger Mahlzeit und manchmal unter Schlägen ihre Sünden abbüßen. Das Rügegericht des Kirchenkonvents war gefürchtet. Die Einziehung der Strafgelder wurde durch die weltliche Obrigkeit vorgenommen. Als eine Maßnahme des Kirchenkonvents ist auch das Aufstellen von sogenannten Schwörbüchsen in den Wirtshäusern anzusehen (in Heubach seit 1712[15]), in welche derjenige, welcher fluchte, sofort einen Geldbetrag einzuwerfen hatte. Über die Verhandlungen des Kirchenkonvents mußte genau Protokoll geführt werden. Berichte über einzelne Vorkommnisse gingen an den Vogt und von dort auszugsweise an den Kirchenrat in Stuttgart[16]).

---

8) Geboren 1595 in Waiblingen. Er war 1624—56 in Heubach und zog dann nach Stetten im Remstal.

8a) Schon 1600 hatte es unter dem Pfarrer Isaak Strelin Streitigkeiten wegen des Heuzehnten mit dem Magistrat der Stadt Gmünd gegeben.

8b) 1662 war er Vogt zu Heubach geworden. (Vgl. Abbildung 2)

8c) 1637 war Wolfgang Philipp Krafft Vogteiamtsverweser zu Heubach

9) Im Alter von 87 Jahren starb er am 28. Dezember 1683. Er hatte 41 Enkel- und 12 Urenkelkinder. a. a. O. Anm. 4

10) a. a. O. Anm. 4

11) Diese Angabe verdanke ich Dr. Hans Pfeiffer und A. Rathgeb aus Ellwangen.

12) Der Stammbaum der Deubler wurde von Albert Deibele erforscht. Es gibt verschiedene geborene Deubler mit Vornamen Catharina in dieser Zeit, z. B. Joh. Catharina Deubler, geb. 1632 zu Gmünd. Möglich ist aber auch, daß die Frau des Maximilian Uhlmann vorher mit einem Deubler verheiratet gewesen war.

13) Siegel des Kaspar Ulmann, Bürgermeisters zu Dillingen, an einer Gmünder Urkunde vom 16. 5. 1576. Staatsar. Stg. Rep. B 179, S. 654

14) Das Königreich Württemberg 1, 71

15) Die Zahl findet sich bei Jäger a. a. O. Anm. 4

16) Vgl. Alfred Dehlinger, Württembergs Staatswesen I, 281 f.

Quellen: Staatsarch. Ludwigsburg Bestd. A 206 Oberrat Nr. 2536, Filme im Stadtarch. Gmünd 44. 5. 27—44. 6. 6.

Für die Redaktion: Albert Deibele, Schwäbisch Gmünd, Silcherstraße 3, Beiträge sind an diese Anschrift zu richten.



Nummer 7 | Schwäbisch Gmünd, Juli 1964 | 25. Jahrgang

Das Gaswerk in Schwäbisch Gmünd

Das Gaswerk im Besitz der „Gmünder Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung" 1862/1893

Albert Deibele

(Schluß)

Am 1. Mai 1862 war die Gasfabrik in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangen, die sich „Gmünder Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung" nannte. (Im folgenden soll sie als AG aufgeführt werden.) Es war ein großer Fehler, daß die Stadt das Werk nicht aufgekauft hatte. Nicht einmal Aktien wurden erworben. Seit 1. August 1876 betrug das Aktienkapital 195 000 Mark, das in 650 Aktien zu je 300 Mark eingeteilt war. Zwei Drittel der Aktien befanden sich in den Händen von Augsburger Herren, die dadurch die AG beherrschten. Ihnen war es nur um möglichst hohe Gewinne zu tun. Neben Tantiemen, Weihnachtsgeschenken und anderem wurden jährlich 15 Prozent Dividende verteilt, 1892 sogar 18 Prozent. Dies forderte den Widerstand der Bürger geradezu heraus. Unter Stadtschultheiß Kohn blieb das Verhältnis zwischen Stadt und AG noch erträglich. Als aber 1877 der begabte und zielstrebige Adolf Untersee die Leitung der Stadt übernahm, steigerten sich die Kämpfe gegen die AG bald zu ungewöhnlicher Härte, bis es 1893 schließlich gelang, das Gaswerk in den Besitz der Stadt zu bringen.

Die AG hatte das Glück, in Adolf Geyer einen tüchtigen Direktor erhalten zu haben. Er verstand es, das Werk auf der Höhe zu halten.

Der Ausbau der Gasversorgung wurde sehr rasch vorwärtsgetrieben. Bis 1888 lagen schon fast 17 Kilometer Röhren. Leider war das Rohrnetz zu eng bemessen, auch nicht tief genug gelegt worden.

Die Entwicklung des Gaswerks zeigt folgende Uebersicht (der Gasverbrauch ist auf volle Tausender aufgerundet):

Zeit	Gaserzeugung in cbm	Straßenbeleuchtung		Betriebe und Haushaltungen	
		Zahl der Laternen	Verbrauch in cbm	Zahl der Flammen	Verbrauch in cbm
1862/63	84 000	113	14 000	2032	70 000
1867/68	135 000	120	16 000	3207	117 000
1872/73	289 000	139	31 000	5203	243 000
1877/78	319 000	163	40 000	6624	239 000
1882/83	340 000	174	35 000	6480	271 000
1887/88	499 000	195	60 000	7584	404 000
1891/92	590 000	218	72 000	8673	463 000
Durchschnitt in je 10 Jahren					
1862/72			19 000		121 000
1872/82			35 000		246 000
1882/92			?		?

Um den Gasverbrauch zu heben, wurde im Februar 1864 beschlossen, auch die Hausleitungen auf Kosten der AG gegen eine monatliche Gebühr von 1 Prozent der Einrichtungskosten ausführen zu lassen. Nach 10 Jahren gingen diese Leitungen in den Besitz des Hauseigentümers über[2]).

Die rasche Steigerung des Gasverbrauchs führte zwangsweise zur Vergrößerung des Werkes. Im Jahre 1864 wurde auf das Verwaltungsgebäude ein zweites Stockwerk für eine Fünfzimmerwohnung aufgesetzt. 1866 brachte die Erstellung eines zweiten Gaskessels von derselben Größe wie der erste (480 cbm), während der dritte Kessel, der 1873 erstellt wurde, 11 000 cbm fassen konnte. Für die Arbeiter wurde 1875 am Kaffeebergweg das „Gashaus“ für sieben Familien erbaut[3]).

1877 erhielten die Satzungen der AG eine neue Fassung. An die Stelle von Herrn Bichler trat Ch. Zethner aus Augsburg in den Aufsichtsrat ein. Adolf Geyer wurde Vorstand, Ch. Zethner Stellvertreter der AG. 1879 starb der Erbauer des Werkes, Finanzrat Riedinger. An seine Stelle trat dessen Sohn Gustav Riedinger, Augsburg[4]).

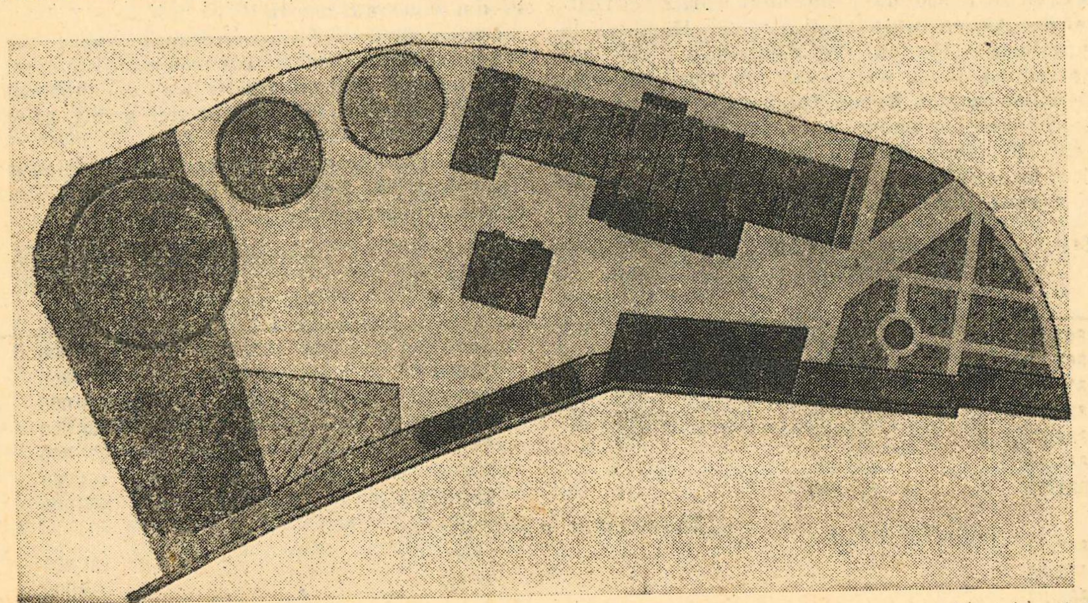
1884 wurde die gesamte Fabrikanlage durchgehend erneuert. Das Retortenhaus wurde verlängert, die gesamte Ofenanlage umgebaut, ein Anbau für die Verarbeitung von Ammoniakwasser erstellt, ein liegender Dampfkessel beschafft, der durch abgehende Wärme geheizt wurde, und sonst noch manche Verbesserungen durchgeführt[5]). So erhielt das Werk 1886 ein Aussehen, wie es untenstehender Plan zeigt. Gleichzeitig wurde begonnen, das Röhrennetz in der Stadt gründlich zu erweitern und zu verstärken.

Trotz der hohen Kosten, welche diese Arbeit verursachten, warf das Werk einen hohen Gewinn ab. Leider wurde dieser nicht in dem Maße zur Senkung des Gaspreises verwendet, wie dieses wünschenswert gewesen wäre. Die Preise blieben immer hoch, auch nachdem diese unter dem Druck der Bevölkerung und des Gemeinderats wesentlich gesenkt worden waren. Es ist keineswegs richtig, wenn Geyer schreibt, daß die Preise „jederzeit freiwillig und nach Möglichkeit“ gesenkt worden seien[6]). Der Preis für 1 cbm belief sich für die Haushalte[7])

1861 = 42 Pf	1869 = 26 Pf	1881 = 25 Pf
1862 = 39 Pf	1874 = 29 Pf	1883 = 24 Pf
1863 = 35 Pf	1878 = 28 Pf	1885 = 25 Pf
1865 = 33 Pf	1879 = 27 Pf	1886 = 24 Pf
1867 = 29 Pf	1880 = 26 Pf	1887 = 24 Pf
1868 = 23 Pf		1888 = 24 Pf

Noch unter Stadtschultheiß Kohn (gest. 14. 8. 1877) wurde heftig gegen die Preisgestaltung der AG vorgegangen. Am 28. März 1876 wurde die AG dringend ersucht, die Gaspreise zu ermäßigen, da die Steinkohlenpreise um mehr als 30 Prozent gefallen seien[8]). Doch erklärte die AG am 30. Juni 1876, „die Ermäßigung des Gaspreises sei kein zeitgemäßes Verlangen“[9]). Schon am 4. Januar 1877 beschlossen die bürgerlichen Kollegien erneut, „die Verwaltung der AG zu ersuchen, den Gaspreis entsprechend zu ermäßigen“. Nachdem die Stadt am 19. 12. 1876 35 Aktien, die später zu 27 Aktien zu je 500 Mark zusammengelegt wurden, erworben hatte[10]), konnte sie wenigstens bei den Ausschußsitzungen der AG mitsprechen. Doch blieb ihr Einfluß stets gering.

Stadtschultheiß Untersee schlug einen wesentlich schärferen Ton gegen die AG an. Er verlangte für die Stadt Anteil am Gewinn und forderte für den cbm verbrauchten Gases 3 Pfennig Steuer. Nur der städtische und der staatliche Gasverbrauch sollten von der Abgabe frei sein[11]).



Der Betrag wurde auf 6000 Mark geschätzt. Die AG sollte die Steuer mit ihren Gasrechnungen einziehen. Die Steuer wurde aber durch das Ministerium nicht genehmigt, weil der überwiegende Teil des Gases gewerblichen Zwecken diene und die AG den Einzug der Steuer nicht auf sich nehmen wolle[12]). 1881 wurde die Frage dieser Steuer erneut aufgegriffen, und nachdem sich die AG nun bereit erklärte, den Einzug zu besorgen, wurde die Steuer von den bürgerlichen Kollegien einstimmig beschlossen[13]). Auf Verlangen des Ministeriums wurde der Gasabgabeordnung folgender Satz beigefügt: „Die Steuer wird für die Stadt durch die Aktiengesellschaft für Gasbeleuchtung zugleich mit deren eigenen Forderungen für das Gas monatlich erhoben“.

Nun aber lehnte Gasdirektor Geyer plötzlich den Einzug der Steuer ab und weigerte sich, die Einzugslisten der Stadt als Grundlage für die Steuererhebung auszufolgen. In einer neuen Gasabgabeordnung forderte nun die Stadt die Einführung von Gasmessern. Bis diese aufgestellt sein würden, sollten die Gasbezieher die Quittungen der AG als Unterlage für die Steuer vorlegen[14]).

Die Haltung der AG in dieser Sache steigerte den Unwillen gegen die AG noch mehr. Diese lenkte nun ein und erklärte sich am 5. August 1881 bereit, gegen eine jährliche Vergütung von 500 Mark die Steuer einzuziehen, weil „die Gasabnehmer durch den von der Stadt angenommenen Steuereinzug zu sehr belästigt seien und sich dieses nachteilig für das Geschäft der Gesellschaft auswirken müsse.“ Die Einführung von Gasmessern lehnte die AG ab. Sie drohte, nötigenfalls das Schiedsgericht im Sinne des Vertrags anzurufen[15]). Die Stadt war jedoch nicht bereit, den Vorschlag der AG anzunehmen, „sie befinde sich keineswegs in einer Zwangslage, das Anerbieten der AG als ‚Gnade‘ annehmen zu müssen.“ Von nun an gingen die gegenseitigen Verhandlungen in sehr gereiztem Tone weiter. Schließlich bewilligte die Stadt der AG eine jährliche Einzugsgebühr von 80 Mark. Dieses entspreche bei einem Steuerertrag von 6000 Mark 3½ Prozent. Stuttgart und Heilbronn würden sich mit 2 Prozent begnügen[16]). Die AG gab nun nach und übernahm den Einzug endlich am 16. Juli 1882, nachdem die Steuer schon am 1. Juli 1881 in Kraft getreten war.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Überheblichkeit der AG steigerte sich zu lautem Protest. Es kam am 11. Juli 1882 wegen zu hoher Gaspreise im Gemeinderat zu einer scharfen Aussprache[17]). Die alte Gaskommission, die „eingeschlafen“ war, wurde wieder aufgestellt und hierauf beschlossen, der Stadtschultheiß, der Gemeindepfleger und zwei Stadträte sollten in der nächsten Generalversammlung der AG die Belange der Bürgerschaft auf das entschiedenste vertreten. Dieser Widerstand der Bevölkerung machte die AG doch stutzig. Dazu kam, daß eben das elektrische Licht seinen Siegeszug begann. Niemand konnte wissen, ob dieses nicht das Gas vollständig verdrängen würde. Die AG wurde unsicher und tastete vorsichtig das Verhandlungsfeld ab. Stadtschultheiß Untersee konnte am 22. August 1882 dem Gemeinderat eröffnen: „Die AG ist nicht abgeneigt, das Gaswerk jetzt schon an die Stadt abzugeben.“ Er meinte, trotzdem die elektrische Beleuchtung im starken Vordringen und der Erwerb einer Gasfabrik nicht besonders verlockend sei, wolle er dem Gemeinderat den Vorschlag zur Erwägung geben. Doch der Gemeinderat war wegen des elektrischen Lichtes ebenfalls unsicher geworden und wollte von Verhandlungen zunächst nichts wissen[18]).

Der „elektrische Schreck“ ging vorüber, und man sah, daß Gas und Elektrizität wohl nebeneinander bestehen könnten. Die AG versuchte nun wieder kräftig den Gasbezug zu heben. Sehr unbequem war ihr hierbei die Gassteuer, und sie bemühte sich nun, diese Abgabe, selbst unter großen Opfern, zu Fall zu bringen. Am 2. Oktober 1883 wurde folgender Vorschlag bekanntgegeben[19]): Die AG ist bereit, der Stadt vom 1. Oktober 1883 ab zur Straßenbeleuchtung 100 000 Brennstunden zu schenken, wenn die Gassteuer von 3 auf 2 Pfennig für den cbm gesenkt wird. Die Stadt nahm das Angebot an. Die AG verlangte aber zu ihrer Sicherheit die Aufnahme des Satzes: „Werde das Gaslicht verdrängt oder durch die Gesellschaft Gas zur Beleuchtung nicht mehr hergestellt, so höre die Verbindlichkeit auf“. Am 14. Februar 1884 wurden der Stadt weitere 100 000 Brennstunden geschenkt mit der Verpflichtung, die Gassteuer auf 1 Pfennig zu ermäßigen[20]).

Doch so uneigennützig, wie es den Anschein hatte, war das Entgegenkommen der AG nicht. Im Vertrag von 1861 war festgelegt, daß das Gas nicht mehr als 1 Prozent Kohlensäure enthalten dürfe. Diese Bestimmung war sehr unbequem und führte zu dauernden Beanstandungen. Da erklärte sich die AG bereit, auch für den Gaspfen[illegible] 100 000 Brennstunden an die Stadt zu verschenken, wenn diese nichts dagegen einwende, wenn statt 1 Prozent Kohlensäure sich 1½ Prozent Kohlensäure im Gas vorfinden würden. Ferner sollten die Untersuchungen „im liberalsten Sinne“ durchgeführt werden. Auch dürfe der Stadtschultheiß keine Kohlensäureuntersuchungen anordnen, wenn er nicht dazu aufgefordert werde. Dem Gasdirektor seien die Untersuchungen stets mindestens 6 Stunden vorher anzuzeigen[21]). 1887 ging die AG sogar auf eine Ermäßigung des Gaspreises für die Stadt auf 23 Pfennig ein. Trotzdem konnten 15 Prozent Dividende verteilt werden.

Doch Untersee, der inzwischen Oberbürgermeister geworden war, gab den Kampf gegen die AG nicht auf. Am 23. August 1887[22]) machte er den Gemeinderat darauf aufmerksam, daß der Vertrag mit der AG in 10 Jahren ablaufe. Man möge jetzt schon Ueberlegungen anstellen, was gesche-

hen solle, falls der Vertrag nicht verlängert werde. Auch für den Fall, „daß die Verlängerung des Vertrages zustande kommen sollte, dürfe die Stadt nicht dem Willen der seinerzeitigen Gasfabrikbesitzer preisgegeben werden." Der Oberbürgermeister wurde nun ermächtigt, die erforderlichen Vorkehrungen einzuleiten und einen sachverständigen Techniker beizuziehen.

Die AG verspürte nun den Ernst der Lage und suchte in ein besseres Verhältnis zur Stadt zu kommen. Sie überließ dieser am 26. Juni 1888[23]) weitere 100 000 Brennstunden unentgeltlich, zusammen jetzt also 400 000 Brennstunden, und senkte den Gaspreis für die Stadt auf 20 Pfennig. Der Bürgerschaft wurden große Mengenrabatte eingeräumt, beginnend mit 1 Prozent beim Bezug von jährlich 1000 cbm, bis zu 10 Prozent bei 10 000 cbm. Die AG konnte diesen Einahmeausfall gut tragen, weil inzwischen der „Einpfennigtarif" bei der Kohlenbeförderung eingetreten war[24]).

Am 10. Juli 1888 berichtete der Oberbürgermeister in einer mehr als zweistündigen Rede über die Schritte, welche er seit der Gemeinderatssitzung am 23. August 1887 gegen die AG besonders hinsichtlich der Gaspreise unternommen habe[25]). Er kommt zu dem Schluß, „daß gütliche Versuche zur Senkung der Gaspreise während der Vertragsdauer zu einem befriedigenden Ergebnis nicht führen werden, da die Gesellschaft den Vertrag für sich habe und freiwillig die glänzende Ausnützung des ihr damit eingeräumten Monopols nach alten Erfahrungen nicht aufgeben werde. Er sei überzeugt, daß nur zwei Wege zum Ziele führen würden, entweder alsbaldiger Erwerb der Fabrik schon vor Ablauf der Vertragsdauer, oder eine Verlängerung des Vertrags unter der Bedingung, daß die AG schon jetzt der Stadt durch namhafte Herabsetzung des Gaspreises, Teilnahme am Gewinn und Verzicht auf gewisse Rechte, z. B. der Straßenbenützung, entgegenkomme. Die Vertretung der AG wolle sich aber nur hartnäckig auf letzteres einlassen in einer durchaus nicht annehmbaren Weise." Er, der Oberbürgermeister, habe ein hochinteressantes Gutachten eines Technikers, des Herrn Regierungsrates Mayer, erhalten. Es führe aus, daß das hiesige Werk bezüglich seiner Leistungsfähigkeit teilweise schon an der äußersten Grenze angekommen sei und in den nächsten Jahren wesentlicher Erweiterungen bedürfe, so daß, falls nicht alsbald die Erwerbung um einen verhältnismäßig billigen Preis erfolgen könne oder falls die Verlängerung der Konzession nicht mit schon jetzt beginnenden sehr weitgehenden Zugeständnissen hinsichtlich des Gaspreises und des Gewinnanteils erkauft werde, die Stadt am besten 1897 ein neues Gaswerk erstellen solle. Die Kollegien seien überhaupt nicht dafür begeistert, den Vertrag zu verlängern. Das solle bei der nächsten Generalversammlung der AG in aller Deutlichkeit gesagt werden. Vielleicht werde die AG dann zu der Einsicht gelangen, daß die Aenderung der Stellung des Aufsichtsrates und des Direktoriums bezüglich der alsbaldigen käuflichen Ueberlassung der Gasfabrik an die Stadt nicht nur im Interesse der Stadtgemeinde, sondern in ihrem eigenen Interesse gelegen sei!"

Darauf erklärten die bürgerlichen Kollegien am 27. Juli 1888, daß sie nicht gewillt seien, auf eine Verlängerung des bestehenden Gasvertrags einzugehen[26]). Schon am 4. August 1888 beschäftigte sich die Generalversammlung der AG mit dieser Erklärung des Gemeinderats. Oberbürgermeister Untersee berichtete darüber am 17. Aug. 1888, daß die Aktionäre einen Kaufpreis fordern würden, welcher den Erwerb des Gaswerks durch die Stadt ausschließe. Außerdem seien sie der Meinung, daß ihre Konzessionen auch nach Ablauf des Vertrags nicht erloschen seien. Die AG könne auch neben einem städtischen Gaswerk noch Gas erzeugen[27]). Der Gemeinderat verlangte nun über diese Ansicht von der AG eine Klarstellung. Gegebenenfalls sei eine gerichtliche Klage auf Feststellung des Rechtes der AG anzustreben. Um eine sichere Ausgangsstellung zu bekommen, sollte der Wert des Werkes durch Regierungsrat Mayer und den Direktor des Gaswerks Heidelberg, Friedrich Eitner, festgestellt werden. Eitner kam in seinem Gutachten vom 23. August 1889 zu folgendem Ergebnis:[28]) Das Werk stelle augenblicklich einen Wert von 248 500 Mark dar. Sollte die Stadt das Werk auf eigene Rechnung jetzt schon in Betrieb nehmen können, halte er — da die AG auf 8 Jahre die Dividende verliere — den Preis von 300 000 DM als angemessen. Zu etwa demselben Ergebnis kam das Gutachten von Regierungsrat Mayer.

Darauf beschlossen die bürgerlichen Kollegien:

1. Den Vertrag vom 27.3./15.4. 1861 nicht zu verlängern, sondern ihn jetzt schon zu kündigen;
2. ein eigenes städtisches Gaswerk zu bauen, das am 28. Dezember 1897 betriebsfähig sein soll;
3. der AG 250 000 Mark zu bieten, wenn sie jetzt schon das Gaswerk abtreten wolle;
4. eine Feststellungsklage gegen die AG zu erheben, falls es zu keiner Einigung kommen sollte.

Im folgenden handelte es sich vor allem um die Auslegung des § 31 des Vertrags von 1861. Dieser lautet gekürzt „Der Vertrag dauert 36 Jahre" (bis 28. Dezember 1897). Es erhoben sich nun nachstehende Streitpunkte:

1. Erlischt auch die Konzession der AG am 28. 12. 1897?
2. Darf die Stadt vor dem 28. 12. 1897 in ihre Straßen Rohre legen, da der AG die Benützung der Straßen zu diesem Zweck ausschließlich eingeräumt wurde?
3. Muß die AG mit Beendigung des Vertrags das von ihr gelegte Röhrenwerk aus den Straßen entfernen?

Die Generalversammlung der AG beschäftigte sich am 21. September 1889 ausführlich mit den Beschlüssen des Gemeinderats vom 17. August 1889 und gab zur Antwort:[29])

1. Die AG habe keinen Anlaß, sich über die Auslegung des § 31 des Vertrags von 1861 auszusprechen.
2. Die AG sehe sich nicht veranlaßt, der Stadt einen Kaufpreis für das Gaswerk zu nennen.
3. Die AG überlasse es aber dem Aufsichtsrat, mit der Stadt in Verhandlungen einzutreten.

Darauf beschlossen die bürgerlichen Kollegien am 26. September 1889:[30])

1. Wegen Auslegung des § 31 einen Rechtskundigen zu hören, gegebenenfalls gegen die AG eine Feststellungsklage zu erheben;
2. die Kaufverhandlungen als abgebrochen anzusehen und abzuwarten, ob und mit welchen Angeboten der Aufsichtsrat an die Stadt herantrete.

Da seitens der AG keine günstige Antwort einlief, klagte die Stadt bei der Zivilkammer des Landgerichts Ellwangen. Das Urteil vom 18. 4. 1890 bestätigte im allgemeinen die Auffassung der Stadt: Die Rechte der AG erlöschen mit dem 27. 12. 1897, die AG muß die Röhren aus den Straßen nehmen, die Stadt aber darf vor dem 27. 12. 1897 kein eigenes Rohrnetz legen lassen. Sofort legte die AG gegen dieses Urteil Berufung ein, schien aber ihrer Sache doch nicht zu trauen. Sie beschloß am 23. August 1890, trotz des noch schwebenden Prozesses, der Stadt die Hand zu bieten und ihr das Werk um 500 000 Mark anzutragen[31]). Die Stadt verhandelte nun mit der AG und beschloß:

1. der AG als letztes und festes Angebot 400 000 Mark zu bieten,
2. das Werk auf 1. Mai 1891 zu übernehmen.

Die AG blieb aber auf ihrer Forderung von 500 000 bestehen. Darauf beschloß der Gemeinderat am 18. November 1890 den Prozeß weiterzuführen[32]). Am 4. Dezember 1890 bestätigte das Oberlandesgericht das Urteil des Landgerichts Ellwangen in seinen wesentlichen Punkten[33]).

Für beide Teile war damit eine nicht ganz befriedigende Lage geschaffen worden. Die Gasfabrik der AG wurde außerordentlich entwertet, sobald die Stadt ein eigenes Werk errichtete. Außerdem war die Herausnahme von 20 km Rohrleitungen mit großen Kosten verknüpft. Die Stadt aber durfte vor dem 28. Dezember 1897 nicht mit den Rohrleitungen beginnen, so daß mit einer längeren Unterbrechung der Gasversorgung zu rechnen war.

Zweifellos war die AG schlimmer daran. Sie suchte deshalb einen friedlichen Ausgleich mit der Stadt und schlug am 30. Juli 1891 vor:[34])

a) Die AG übernimmt die gesamte Straßenbeleuchtung bis zu 550 000 Brennstunden jährlich auf ihre Kosten. Dafür besorgt die Stadt die Bedienung der Straßenlaternen.

b) Außerdem senkt die AG den Gaspreis für die Gemeinde, und für Heizen und Kochen von 20 Pfennig auf 17 Pfennig.

Der Gemeinderat lehnte Punkt a) ab, da er keine Abänderung des Vertrags von 1861 zugunsten der AG wünsche. Zu b) solle sich die Gaskommission äußern, ob sich dieses mit dem Gasvertrag vereinbaren lasse.

Die Verhältnisse zwischen der AG und der Stadt waren immer unerquicklicher geworden, aber die Zeit drängte. Die Stadt ließ nun im Oktober 1892 durch einen Mittelsmann neue Verhandlungen aufnehmen. Dieser bot der AG 350 000 Mark, falls das Werk am 1. Mai 1893 in den Besitz der Stadt übergehe. Die Gaskommission billigte diese Vorschläge[35]). Die genannte Summe entspreche etwa den Schätzungen von Regierungsrat Mayer und Gasdirektor Eitner, welche den Wert der Anlage zu 270 000 Mark gewertet hätten. Rechne man dazu 80 000 Mark für entgangene Dividenden wegen vorzeitiger Uebergabe des Werkes, so komme man wieder auf 350 000 Mark. Der Gemeinderat gab nun am 2. November 1892 der Gaskommission die Vollmacht, auf dieser Grundlage mit der AG einen Kaufvertrag abzuschließen, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Gemeinderat[36]). Die AG war nun zwar mit der Übernahme auf 1. 5. 1893 einverstanden, verlangte aber einen Kaufpreis von 370 000 Mark, ohne die Vorräte. Die Stadt bot nun 360 000 Mark. Endlich ging die AG auf dieses Angebot ein unter der Bedingung, daß die Stadt die Beamten der AG zu ihren seitherigen Gehältern übernehme.

Darauf beschlossen die bürgerlichen Kollegien:

1. eine Kaufsumme von 360 000 Mark zu bezahlen, die halben Kaufkosten zu tragen und die Beamten zu übernehmen. Deren Gehälter würden von der Stadt geregelt werden,
2. die städtische Gaskommission erhält die uneingeschränkte Vollmacht, nach bestem Wissen und Gewissen den Vertrag mit der AG abzuschließen, vorbehaltlich höherer Genehmigung. Wegen ein paar tausend Mark solle die Kommission die Verhandlungen nicht scheitern lassen.
3. die Gaspreise dürfen vor 1. Mai 1898 nicht gesenkt werden.

Am 24. Dezember 1892 war der Kaufvertrag von beiden Seiten unterzeichnet worden[37]). Der Kaufpreis betrug 360 000 Mark, zahlbar am 31. Dezember 1893. Dazu kam der Wert der Vorräte, geschätzt zu 17 730 Mark, und die halben Kaufgebühren mit 2 270 Mark, im ganzen also 380 000 Mark.

Die Gasfabrik wurde als eigene Verwaltung gegründet, deren Reinertrag an die Stadtpflege ab-

geführt wird. Da eine höhere Genehmigung nicht erforderlich war, konnte der Vertrag sofort in Kraft treten. Am 9. März 1893 wurde ein Ausschuß zusammengesetzt[38]), der die Übernahme des Werks vorbereiten und durchführen sollte.

So kam das Werk nach großen Widerständen am 1. Mai 1893 in den Besitz der Stadt.

Literatur: Gemeinderatsprotokolle 1861 bis 1893. Geyer, Adolf: Geschichte d. Entstehung und Entwicklung d. Gasanstalt Gmünd von 1861/1886. Stuttg. 1886.

Abkürzungen: GP = Gemeinderatsprot. — G = Geyer.
1) G 7; 2) G 5; 3) G 6; 4) G 7; 5) G 7; 6) G 9; 7) G 8; 8) GP 1876, 277; 9) GP 1877, 5; 10) GP 1877, 6; 11) GP 1877/78, Beilage; 12) GP 1881, 33; 13) GP 1881, 35; 14) GP 1881, 67; 15) GP 1881, 157; 16) GP 1881, 160; 17) GP 1882, 332; 18) GP 1882, 361; 19) GP 1883, 134; 20) GP 1884, 211; 21) GP 1885, 201; 22) GP 1887, 132; 23) GP 1888, 324; 24) Staatsanz. 1888, S. 1033; 25) GP 1888, 333; 26) GP 1888, 340; 27) GP 1888, 358; 28) GP 1889, 130; 29) GP 1889, 172; 30) GP 1889, 173; 31) GP 1890, 432; 32) GP 1890, 470; 33) GP 1891, 32; 34) GP 1891, 124; 35) GP 1892, 254; 36) GP 1892, 259; 37) GP 1892, 297; 38) GP 1893, 39.

Vom Schwarzhorn

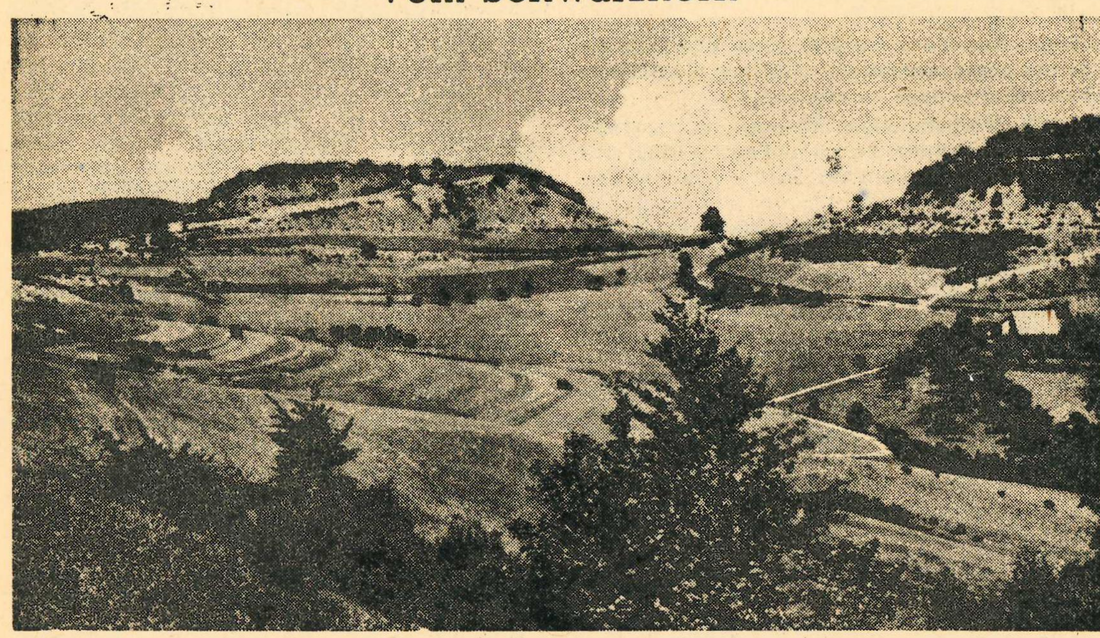


Bild 1. Das Schwarzhorn 690 m hoch — *Photo: Krieg, Waldstetten*

Am 15. Mai 1964 wurde vom Bischof Karl Josef Leiprecht der Altar der Kapelle auf dem Schwarzhorn eingeweiht. Das Kirchlein selbst stand einstens in Altensteig und wurde 1962 hierher übertragen. Über das Schwarzhorn erschien in den Gmünder Heimatblättern 1963 Nr. 8 eine längere Abhandlung aus der Feder von Oberlehrer Buck, Waldstetten. Bei Grabarbeiten im letzten Jahre kamen Knochen, Kohlestückchen, verrostete Eisenteile, gebrannte Tonscherben und Stücke von rotgebrannten Dachhohlziegeln zu Tage. Die Funde wurden durch Oberlehrer Buck und Maurermeister Herkommer, Wißgoldingen, sichergestellt. Vermutlich stammen sie von einem früheren Bauwerk aus dem 13. bis 14. Jahrhundert. Rätselhaft waren auch die alten Gräben, welche die Hochfläche durchziehen. Gehörten sie zu einer keltischen Fliehburg? Um hier Klarheit zu schaffen, lud Oberlehrer Buck den Landeskonservator Dr. Zürn zu einer Besichtigung des Schwarzhorns ein, welche dann auch am 21. Mai 1963 erfolgte. Als Ergebnis dieser Besichtigung schreibt Dr. Zürn:

„Das Rechbergle (Schwarzhorn) besitzt eine dreieckige, nach Süden spitz ausgezogene Hochfläche. Die Südspitze ist durch zwei im Abstand von etwa 70 m gelegene Gräben durchschnitten. Der Innengraben ist noch sehr tief, aber zum Teil zugeschüttet. Mauern von der ehemaligen Burg sind oberflächlich nicht zu sehen. Die Anlage stammt aus dem Mittelalter."

Dazu meint Oberlehrer Buck: „Der Traum einer vorgeschichtlichen Volksburg aus der Zeit der Kelten — wie uns alle bisherigen örtlichen Chronisten berichteten — ist endgültig zerronnen. Auf dem Schwarzhorn stand keine vorgeschichtliche Fliehburg. Die heute noch deutlich zu sehenden parallelen Quergräben mit Wall davor, sind nichts anderes als regelrechte mittelalterliche Burggräben, die zu einer einst dort auf der Ebene stehenden Burg gehörten, von der wir allerdings heute keine Überreste mehr sehen. Die Fundstücke von 1962/63 lassen den Schluß zu, daß im 13. bis 14. Jahrhundert das Zerstörungswerk der Burg zu Ende gekommen sein mußte. Wenn nun auch heute keine Stein-



Bild 2. Schwarzhornhütte 1931
Photo: Reißmüller, Waldstetten

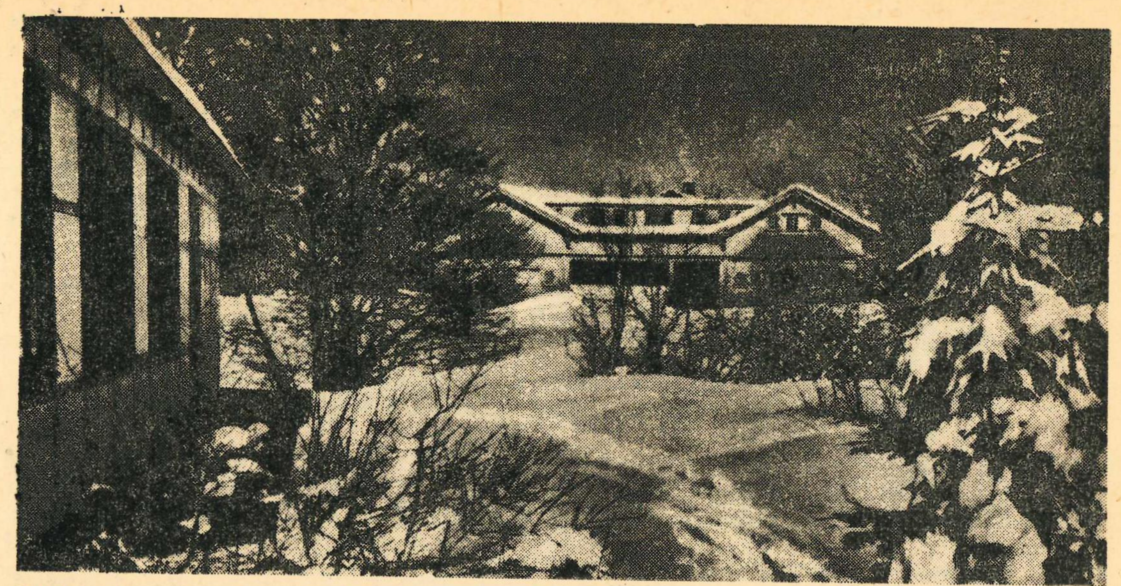


Bild 3. Schwarzhornhaus als Freizeitheim der DAF 1937. — *Photo: Krieg, Waldstetten*

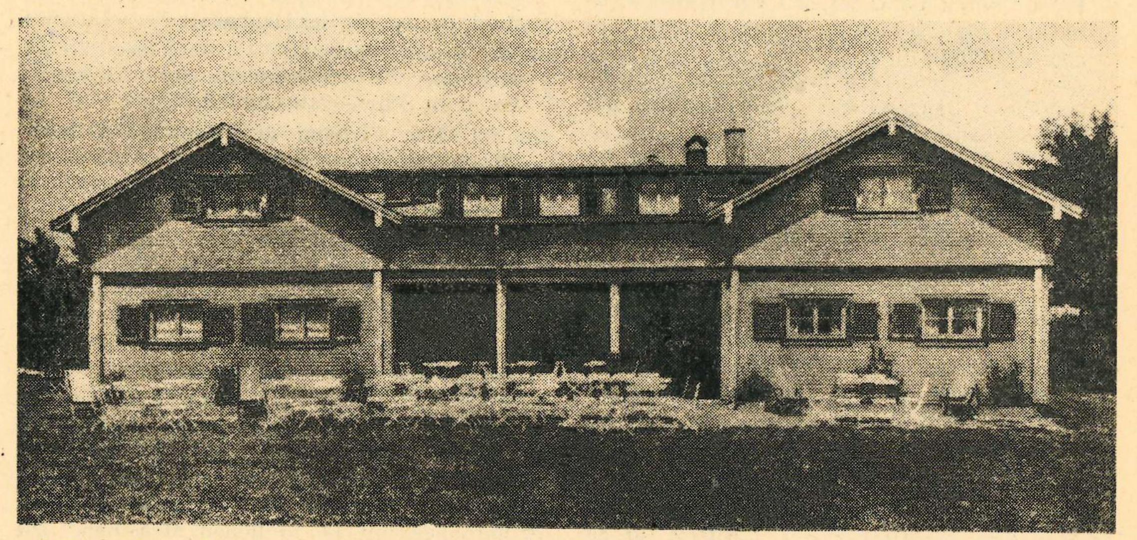


Bild 4. Schwarzhornhaus als Freizeitheim der DAF 1940. — *Photo: Krieg, Waldstetten*